

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 406

Einwohnerratssitzung vom Montag, 23. Mai 2011, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	32/30/32/33 6	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Bruno Baumann, Claudio Contoli, Karin Hess, Dominik Holenstein, Kurt Lanz (ab 20.00 Uhr anwesend), Christoph Pfirter, Andreas Seiler, Fredi Wiesner Gemeinderat: GP Beat Stingelin	
Vorsitz	Dieter Stohler, Präsident	
Protokoll	Joachim Maass	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Rechnung 2010 und Bericht der Rechnungsprüfungskommission (Versand Rechnung 19.4.2011 an Einwohnerrat erfolgt, Publikation auf Homepage)	2716
2.	Interpellation der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend "Bahn 2030"	2701
3.	Interpellation der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend "Eine neue Bahnlinie für den Güterverkehr"	2702
4.	Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend "Überschreitung der Grenzwerte von perfluorierten Tensiden im Trinkwasser"	2705
5.	Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend "LED-Strassenbeleuchtung und Signalisationen"	2709
6.	Interpellation der SVP-Fraktion, Urs Hess, betreffend "Energiestadt Pratteln, Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs"	2724
7.	Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend "Reduktion des Erdöl-Verbrauchs der Einwohnergemeinde"	2712
8.	Interpellation der SP-Fraktion, Rös Graf, betreffend "Atomstromfreie Energie"	2721
9.	Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend "Velosicherheit Zehntenstrasse"	2726
10.	Postulat der SP-Fraktion, Daniela Berger, betreffend "Überdachte Veloständer an der Bahnhofstrasse und im Dorfzentrum"	2727

- | | |
|---|------|
| 11. Postulat der FDP-Fraktion, Stefan Löw, betreffend "Aktives Energiesparen anstatt Beitritt in TRAS" | 2729 |
| 12. Postulat der FDP-Fraktion, Stefan Löw, betreffend "Energieverbrauch aber wie?" | 2730 |
| 13. Interpellation der FDP-Fraktion, Stefan Löw, betreffend "Ist die öffentliche Sicherheit in Pratteln weiterhin gewährleistet?" | 2731 |
| 14. Fragestunde (nach der Pause) | |

Dieter Stohler als Präsident des Einwohnerrates:

Ich eröffne die 406. Sitzung des Prattler Einwohnerrates und begrüsse sie herzlichst. Ein herzliches Willkommen auch an unsere Gäste, den Gemeindeverwalter-Stellvertreter Bernhard Stöcklin und auch an die Medienschaffenden.

Im Vorfeld der heutigen Sitzung wurde ich vom Gemeindepräsidenten darüber informiert, dass Gemeindeverwalter Stefan Brauchli nach knapp 2-jähriger Tätigkeit die Gemeinde Pratteln verlässt. Herr Brauchli möchte seinen beruflichen Mittelpunkt wieder vermehrt in die Region Innerschweiz verlegen; sie haben die Mitteilung in der Zwischenzeit gelesen. Ich bedaure den Abgang und wünsche dem Gemeinderat für die Besetzung dieses auch für den Einwohnerrat wichtigen Amtes eine glückliche Hand und dem scheidenden Gemeindeverwalter danke ich für die gute Zusammenarbeit mit dem Einwohnerrat.

Im Zentrum der heutigen Sitzung steht bekanntlich die Abnahme der Jahresrechnung 2010 sowie der Behandlung zahlreicher energiepolitischer Vorstösse und dementsprechend wenden wir uns voller Energie den heutigen Geschäften zu.

Präsenz:

Entschuldigt sind vom Einwohnerrat Karin Hess, Bruno Baumann, Claudio Contoli, Dominik Holenstein, Christoph Pfirter, Andreas Seiler und Fredi Wiesner. Vom Gemeinderat ist Gemeindepräsident Beat Stingelin entschuldigt. Es sind 32 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 17, das 2/3-Mehr beträgt 22 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten Dieter Stohler:

Protokoll der Sitzung des Einwohnerrates vom 18. April 2011: Auf S. 2 ist aufgeführt, dass sich auf Grund der Abwesenheit des Stimmenzählers und der Ersatzstimmenzählerin Rolf Hohler bereit erklärt hat, als Stimmenzähler zu amten. Weiter heisst es „Gegen diesen Vorschlag gibt es keine Opposition und Erich Schwob ist als Stimmenzähler bestätigt.“ Korrekt müsste es heissen „Gegen diesen Vorschlag gibt es keine Opposition und **Rolf Hohler** ist als Stimmenzähler bestätigt.“ Das Originalprotokoll wird entsprechend angepasst und auf Grund der rein administrativen Relevanz dieser Korrektur verzichten wir auf einen Neuversand des Protokolls; ich gehe davon aus, dass sie damit einverstanden sind.

Inkraftsetzung des neuen Verwaltungs- und Organisationsreglementes (VOR): Der Einwohnerrat hat am 28. Februar 2011 das neue Verwaltungs- und Organisationsreglement (Ord. Nr. 01.04) beschlossen. Das Reglement wurde von der Finanz- und Kirchen-

direktion am 21. April 2011 ohne Änderungen genehmigt. Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 17. Mai 2011 die Inkraftsetzung auf den 1. Juli 2011 beschlossen.

Inkraftsetzung des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates: Der Einwohnerrat hat am 28. März 2011 die Revision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates (Ord. Nr. 01.02) beschlossen. Die Revision des Geschäftsreglements ist dem Kanton nicht zur Genehmigung vorzulegen. Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 17. Mai 2011 die Inkraftsetzung auf den 1. Juli 2011 beschlossen.

Obligatorische Volksabstimmung: Der Gemeinderat hat das Datum der obligatorischen Volksabstimmung über die Revision der Gemeindeordnung auf den 27. November 2011 festgelegt

Energiestadt Pratteln: Vor ihnen liegt ein Papier „1 Jahr Energiestadt Pratteln“, in dem verschiedene, in der Zwischenzeit getroffene Massnahmen aufgezeigt werden. Bitte nehmen sie dies zur Kenntnis.

Neue parlamentarische Vorstösse:

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Emil Job, betreffend "Solarkataster für Pratteln" vom 19. Mai 2011
- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Roger Schneider, betreffend "Sicheres Überqueren der Oberemattstrasse für Kindergarten-Kinder" vom 23. Mai 2011
- Postulat der SVP-Fraktion, Erich Weisskopf, betreffend "Kein Schleichverkehr im Neusatzweg - zum 2-ten" vom 23. Mai 2011

Geschäftsverzeichnis:

Infolge Abwesenheit an der heutigen Sitzung beantragte **Bruno Baumann** die Absetzung von Traktandum 11, seiner Interpellation betreffend Lichtimmissionen, Geschäft Nr. 2828. Das Büro hat diesem Absetzungsantrag zugestimmt und der Rat stimmt diesem Antrag ebenfalls stillschweigend zu.

Urs Hess: Wir haben die Interpellation 2724 betreffend Energiestadt Pratteln und möchten die Antworten haben, bevor wir über das Postulat der Unabhängigen in Traktandum 6 (unbereinigtes Geschäftsverzeichnis) befinden und schlagen vor, das Traktandum 8 (unbereinigtes Geschäftsverzeichnis) vor Traktandum 6 (unbereinigtes Geschäftsverzeichnis) zu stellen.

://: Der Rat stimmt mit grosser Mehrheit dem Antrag zu.

Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2716

Rechnung 2010 und Bericht der Rechnungsprüfungskommission

Aktenhinweis

- Bericht der RPK über die Prüfung der Gemeinderechnung 2010 vom 19. April 2011

Roland Kuny als Präsident der RPK: Im Namen der RPK danken wir allen an der Rechnung 2010 Beteiligten, insbesondere der Abteilung Finanzen mit ihrem Abteilungsleiter Bernhard Stöcklin. Das Rechnungsergebnis und die dazu gehörenden Unterlagen sind vollständig und verständlich vorgelegen. Wir dürfen auch dieses Jahr wieder ein positives Rechnungsergebnis verabschieden. Neben ausserordentlichen Abschreibungen von rund CHF 1 Mio. und Einlagen in die Vorfinanzierung von CHF 1.6 Mio. besteht weiterhin ein Gewinn von CHF 521'568.68, der dem Eigenkapital zugewiesen wird. Auf die relevanten Punkte, die das Rechnungsergebnis beeinflusst haben, gehe ich weiter nicht ein, weil diese bereits im Bericht erwähnt sind. Zu erwähnen ist, dass die Budgetdisziplin auf der Verwaltung weiterhin spürbar ist. Die offenen Pendenzen werden laufend bearbeitet und dennoch gibt es noch Pendenzen aus dem Jahr 2002. Wir bitten den Gemeinderat, die Pendenzen raschmöglichst abzuarbeiten. Speziell möchte ich die Revision der Schiessanlage für das Geschäftsjahr 2009 erwähnen. Mario Puppato hat dort die RPK Pratteln vertreten. Nach seinen Worten war es eine sehr mühsame und langwierige Arbeit. Auszüge aus dem Revisionsbericht der Schiessanlage Lachmatt sind auch in unserm Bericht aufgeführt. Im Namen der RPK empfehlen wir ihnen, auf die Rechnung einzutreten und gemäss dem Antrag des Gemeinderates zu genehmigen.

GR Max Hippenmeyer: Bevor ich auf die Rechnung 2010 eingehe, möchte ich allen am Abschluss Beteiligten meinen besten Dank aussprechen für ihre Arbeit. Einschliessen in diesen Dank möchte ich auch die RPK für die speditive Kommissionsarbeit. Somit können wir wie letztes Jahr die Rechnung bereits in der Maisitzung beraten und ad acta legen und uns neuen Projekten zuwenden. Selbstverständlich konnten wir das absolute Rekordergebnis vom letzten Jahr nicht übertreffen, aber der vorliegende Abschluss gibt trotzdem Anlass zur Freude, denn er ist immerhin der drittbeste in der jüngeren und auch älteren Geschichte. Die Faktoren, die zu diesem Resultat führten, hat die RPK in ihrem Bericht ausführlich dargelegt und ich verzichte deshalb auf eine Wiederholung. Ich beschränke mich auf ein paar Ergänzungen aus meiner Sicht: Die vorgesehene Verwendung des Ertragsüberschusses ist bereits wie vorgeschlagen verbucht worden. Das hat nichts mit einer Geringschätzung des Einwohnerrates zu tun – denn sie bestimmen ja schlussendlich darüber – sondern erfolgte auf Weisung des Kantons. Ich gehe mit der RPK einig: Wir haben sehr vorsichtig budgetiert, nicht zuletzt unter dem Eindruck der Finanzkrise, deren Auswirkungen man damals im Herbst 2009 beim besten Willen nicht abschliessend beurteilen konnte. Aber Vorsicht ist die Grundlage und Pflicht jeder nachhaltigen Finanzpolitik, wenigstens nach meiner Auffassung. Dank der vorsichtigen Budgetierung konnten wir den Ausfall von CHF 4,3 Mio. beim Finanzausgleich praktisch kompensieren und es ist wirklich angenehmer eine positive Überraschung zu verkünden, als eine Negative. Es steckt auch keine böse Absicht hinter dieser Vorsicht, z.B. die Lage schlimmer darzustellen, als sie tatsächlich ist. Wir bemühen uns redlich, die Realität so gut wie möglich abzubilden und dort wo wir es beeinflussen können, nämlich beim Aufwand, gelingt das auch gut. Grundsätzlich sind wir auf einem guten Weg: Das Steueraufkommen bei den natürlichen Personen hat sich in den letzten 5 Jahren von CHF 1'561 pro Kopf auf CHF 1'804 pro Kopf verbessert. Das ist eine Zunahme von 15,5% bei einem Bevölkerungswachstum von lediglich 2,6%. Im gleichen Zeitraum hat die Pro-Kopf Verschuldung von CHF 2'677 auf CHF 911 abgenommen, verbunden mit einem entsprechenden Rückgang des Zinsaufwandes von CHF 86 auf CHF 31 pro Person. Als Folge

der bescheidenen Investitionstätigkeit ist unsere Verschuldung ist im letzten Jahr nochmals beträchtlich zurückgegangen, von CHF 22,4 Mio. auf noch CHF 14 Mio., und wenn diese Kredite nicht feste Laufzeiten hätten, könnten wir sie mit unserer Liquidität locker morgen tilgen. Mit anderen Worten: Wir sind praktisch schuldenfrei. Die höhere Steuerkraft unserer Gemeinde – nicht zuletzt dank der positiven Entwicklung bei den juristischen Personen – hat natürlich zukünftig Auswirkungen auf den Finanzausgleich: Diese Einnahmequelle wird versiegen. Das soll uns nicht unglücklich machen, denn es kann ja nicht der Anspruch unserer Gemeinde sein, vom Finanzausgleich abhängig zu sein. Unsere Spezialfinanzierungen sind ebenfalls gut aufgestellt. Dank hohen Anschlussbeiträgen verzeichneten wir beim Wasser und Abwasser extrem hohe Einnahmenüberschüsse. Das ermöglichte uns bei der Wasserrechnung ausserordentliche Abschreibungen zu tätigen und zusätzlich eine Rückstellung von CHF 1 Mio. für zukünftige Massnahmen bei der Wasseraufbereitung (z.B. Aktivkohlenfilter) vorzunehmen. Der Gemeinderat wird die gute Ertragslage der Spezialfinanzierungen bei der Gebührenfestsetzung anlässlich der Budgetierung 2012 berücksichtigen. Ich ziehe folgendes Fazit: Dank Budgetdisziplin bei den Ausgaben und höher als geplanten Steuereinnahmen haben wir erneut einen Überschuss in Millionenhöhe. Das erlaubt uns, zusätzliche Abschreibungen und Rückstellungen für kommende Investitionen vorzunehmen. Diese Massnahmen werden zukünftige Budgets spürbar entlasten und eröffnen einen gewissen Handlungsspielraum. Aber das soll uns nicht zum Übermut verleiten: Die Vermeidung von strukturellen Defiziten ist nach wie vor absolute Pflicht, denn mit der einfachen Formel, nur soviel auszugeben wie man einnimmt, haben wir unser Gemeindefinanzen in den letzten 10 Jahren saniert. Allerdings soll umgekehrt die Gemeinde nur soviel einnehmen, wie sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt. Das heisst im Klartext, dass wir im Herbst eine ernsthafte Diskussion über die Höhe des Gemeindesteuersatzes führen müssen im Sinne des Legislaturziels 6 A, das unverändert lautet: „Die kommunalen Steuern und Gebühren sollen sich dem kantonalen Durchschnitt nähern und diesen mittelfristig erreichen“. Vorerst aber danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie auf die Rechnung einzutreten und diese wie von der RPK empfohlen, gemäss den Anträgen des Gemeinderates zu genehmigen.

Präsenz: Neu sind 30 Personen des Einwohnerrates anwesend (Feuerwehreinsatz). Das absolute Mehr beträgt 16, das 2/3-Mehr beträgt 20 Stimmen.

Eintreten

Christian Schäublin: Auch die SVP-Fraktion dankt allen Personen vom Verwaltungsangestellten über den Gemeinderat bis zum RPK-Mitglied herzlich für die Mitarbeit und Rechnung 2010. Das erfreuliche Ergebnis ist einmal mehr deutlich über dem Budget, obwohl fast der gesamte budgetierte Finanzausgleich von über CHF 4 Mio. ausgeblieben ist. Die langjährigen Bemühungen und die nachhaltigen und langjährigen positiven Faktoren wie die Ansiedlung neuer Unternehmen und die Budgetdisziplin tragen ihre Früchte. Diese Tendenz hat aber auch schon die Rechnung 2009 aufgezeigt. Auch die vorgeschlagene Gewinnverteilung des Gemeinderates wirkt sich wesentlich auf die künftigen Budgets aus und entlastet diese deutlich. Die SVP-Fraktion hat schon bei der Budgetdebatte die positiven Tendenzen und Faktoren erkannt, die jetzt erneut eingetroffen sind. Wir sind weiterhin der Meinung, dass man mit dem nächsten Budget eine substanzielle Steuersenkung richtig und längst überfällig ist. Wir fordern den Gemeinderat auf, die notwendigen Schritte jetzt in der Finanzplanungs- und Budgetphase 2012 in die Wege zu leiten. Trotzdem scheint uns der Investitionsbedarf bei den bestehenden Gemeindeinfrastrukturen unklar. Wir fordern auch hier den Gemeinderat auf, den Instandhaltungsbedarf für Strassen, Gebäude, Wasserleitungen und Abwasserkanäle usw. zu ermitteln und einen Zustandsbericht zu erstellen und daraus die notwendigen Investitionen zu planen. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und Genehmigung der Rechnung gemäss den Anträgen von RPK und Gemeinderat.

Mario Puppato: Die FDP war sehr erfreut über den guten und verständlichen Bericht der RPK und über die Resultate. Ich habe den Auftrag, den Dank an Alle auszusprechen, die hieran mitgearbeitet haben. Wir fangen an mit der Verwaltung, dem Gemeinderat und vor allem Herrn Bernhard Stöcklin, der nach Aussagen der RPK hervorragend zusammengearbeitet hat, alle Fragen beantwortet und Zusatzaufgaben geleistet hat. Wir sehen es eher als positiv, dass die CHF 4 Mio. horizontaler Finanzausgleich entfallen. Klar macht's weh im Portemonnaie... aber nun sind wir Prattler selbständig und nicht mehr auf Krücken angewiesen und für die Zukunft ist dies doch schön. Ich erinnere mich, vor vielen Jahren wussten wir nicht, ob wir auf Grund unserer schlechten Finanzlage bevorzundet würden und ich finde es positiv, dass wir in Zukunft schauen und sagen können „Wir stehen auf eignen Füßen, auch wenn der horizontale Finanzausgleich nicht mehr da ist“. Der Ausgleich für die Soziallasten kommt ja immer noch. So schön dies alles ist und auch die Hoffnung, dass es so weiter geht, ist gut und recht, wir sehen ja vor allem bei den juristischen Personen Anzeichen dafür, aber, wie vorher erwähnt, wir hatten in diesem Jahr nicht viele Investitionen, aber diese kommen. Erfreulich ist, dass wir mit den positiven Abschlüssen mehr liquide Mittel und auch mehr Rückstellungen für die kommenden Investitionen haben. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir dort immer noch einen Rückstau haben, auch wenn es normal ist, dass nicht alles realisiert wird. Dies haben wir nicht vergessen. Ich möchte nun vermeiden, dass wir statt einer Debatte über den Rechnungsabschluss eine Steuerdebatte haben. Wir hoffen darum, dass wir im September einen „latest estimate“ erhalten. In Geschäften ist dies üblich, dort sieht man, wie das Jahr 2011 etwa finanziell aussehen könnte. Wir sind auf Grund der letzten Jahre zuversichtlich – Schwarzmalerei ist immer weniger angebracht – weil die Unsicherheiten bezüglich Steuereinnahmen weg zu sein scheinen. Es sind jedoch noch andere Sachen offen und wir wissen nicht, was noch alles vom Kanton aus auf uns zu kommt. Wir sind zuversichtlich, dass die Gemeinde Pratteln auch in Zukunft gut da stehen wird. Aber warten wir ab, was wir im September sehen und hoffen, dass wir dieselbe Zuversicht auch in der Novembersitzung haben werden. Dann sind wir selbstverständlich gerne bereit, über eine Entlastung Aller zu diskutieren, was auch Ziel unserer Fraktion ist. Heute ist nicht der richtige Zeitpunkt dafür. Mit dem Dank an Alle empfehlen wir von der FDP auf die Rechnung einzutreten und alle Anträge des Gemeinderates zu genehmigen.

Mauro Pavan: Im Namen der SP-Fraktion danke ich allen an der Rechnung Beteiligten und auch der RPK für ihren Bericht. Wir haben noch 2 Fragen: Hat das Treuhandbüro die Einhaltung relevanter Beschlüsse des Einwohnerrates geprüft bzw. gibt es eine Aussage zur externen Bewirtschaftung der Verlustscheine bzw. wurde das Treuhandbüro darauf angesprochen?

Roland Kuny: Das Treuhandbüro beurteilt die externe Bewirtschaftung positiv.

Stephan Ackermann: Der Dank wurde bereits ausgesprochen und auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen schliesst sich an. Im speziellen möchte ich GR Max Hippenmeyer für sein Votum danken. Er hat sehr gut aufgezeigt, wo die Gemeinde Pratteln im Moment steht. Ich finde sehr erfreulich, dass die Schulden so gut wie abgebaut sind und dass der Pro-Kopf-Steuerertrag angestiegen ist. Alle diese Sachen finde ich sehr positiv und schön für Pratteln und auch das, was Mario Puppato gesagt hat, dass man auf den doch grossen Zustupf des Kantons verzichten kann, ist erfreulich. Ich war einer der Schwarzmalerei, die Mario Puppato erwähnt hat, jeweiligen bei der Budgetdebatte, bei der unsere Fraktion sehr zurückhaltend mit der Reduktion des Steuersatzes umgegangen ist. Es wurde von verschiedenen Vorrednern darauf hingewiesen, dass wir dieses tolle Ergebnis nicht zuletzt erzielt haben, weil wir sehr wenig investiert haben und da muss ich sagen, dass Pratteln in dieser Grösse, die wir haben, und auch dem Stolz, ein wohlgefülltes Portemonnaie zu haben, schauen müssen, dass wir die Investitionen tätigen, die einer solch grossen Gemeinde entsprechen. Hier ist Nachholbedarf und wir müssen investieren. Ganz wichtig ist, dass wir nicht mehr ausgeben als wir einnehmen und wichtig ist auch, man soll nicht mehr einnehmen, als man ausgibt und deshalb dort investieren, wo es unbedingt nötig ist und immer im Auge behalten, wie es mit der Pen-

sionskasse weiter geht, nicht, dass plötzlich Pratteln in eine finanzielle Schieflage gerät, die wir nicht haben wollen und wir uns die finanziellen Möglichkeiten nehmen und wir unser Schiff nicht mehr selber steuern können, wie es jetzt der Fall ist.

Eva Keller: Als RPK-Mitglied möchte ich vor allem Bernhard Stöcklin für seine professionelle Arbeit sehr danken. Immer, wenn wir – und vor allem ich – eine spezielle Frage stellen, wird diese sehr gut beantwortet. Die Rechnung ist tatsächlich erfreulich, aber wir dürfen nicht vergessen, dass noch einige grosse Brocken anstehen. Dass wir nicht sehr viel in den letzten Jahren investiert haben, wurde schon verschiedentlich erwähnt: neue Gemeindeverwaltung, Feuerwehrmagazin, Schloss, Schulhaus und Umgebung usw. Auch Harmos und die neue Pflegefinanzierung sind nicht zu unterschätzen. Weiter braucht sie auch Geld für Anlässe und Gebühren bezahlt keiner gerne. Nicht zu vergessen ist die grosse Unbekannte, die Sozialhilfekosten. Mit Blick auf all das ist es doch beruhigend, ein gutes Polster zu haben, weil eine Gemeinde so viele Mittel braucht, wie nötig sind. Es kann passieren und dies hat GR Max Hippenmeyer bereits erwähnt, dass wir nicht mehr eine Nehmergemeinde sind, sondern eine Gebergemeinde. Diese Aspekte sind in der Budgetdebatte zu berücksichtigen. Der Ton wurde in der RPK in der letzten Zeit leicht schärfer. Trotzdem freue ich mich auf die Budgetsitzung im Herbst und ich bin sicher, wir finden auch dann im Kollegium einen guten Kompromiss. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und Genehmigung der Rechnung.

Emanuel Trueb: Auch wir von der CVP sagen zuerst Dankeschön für die diese Leistung, die auf ganz verschiedenen Schultern liegt. Es ist nicht die Leistung von diesem Jahr, sondern von vielen Arbeiten, die schon zurückliegen. Nachhaltig ist diese Entwicklung nur, wenn man die Investitionen nicht aus den Augen verliert. Vergessen wir nicht, dass wir in einem Standortwettbewerb mit anderen Gemeinden der Agglomeration Basel sind und wenn wir für juristische und natürliche Personen attraktiv bleiben wollen, kommen wir nicht darum herum, in die Infrastruktur, den Sozialbereich und die Bildung und den Sport zu investieren und ich stimme absolut mit Mario Puppato überein, der gesagt hat, da gäbe es noch Einiges zu leisten, weil wir in der Vergangenheit etwas auf die Bremse gestanden sind bezüglich Investitionen und ich bin der Meinung, dies sind die nächsten Herausforderungen. Ich bin auch der Meinung, es ist nicht jetzt der Moment, über ein Budget zu diskutieren, wir müssen einfach attraktiv bleiben und dies ist das Entscheidende.

Eintreten ist unbestritten und es folgt die Detailberatung bzw. Lesung.

Gelesen werden die einstelligen Kontenbezeichnungen. Fragen können bei den einzelnen Konten gestellt werden.

Lesung Laufende Rechnung:

- 0 Allgemeine Verwaltung**
- 1 Öffentliche Sicherheit**
- 2 Bildung**
- 3 Kultur und Freizeit**
- 4 Gesundheit**
- 5 Soziale Wohlfahrt**
- 6 Verkehr**
- 7 Umwelt und Raumplanung**
- 8 Volkswirtschaft**
- 9 Finanzen und Steuern**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Lesung Investitionsrechnung:

- 1 Öffentliche Sicherheit**
- 2 Bildung**
- 3 Kultur und Freizeit**
- 5 Soziale Wohlfahrt**
- 6 Verkehr**
- 7 Umwelt und Raumplanung**
- 9 Finanzen und Steuern**

Es gibt keine Wortmeldungen und die Lesung der Rechnung 2010 ist beendet.

Abstimmungsprozedere

Die Abstimmung erfolgt gemäss dem Bericht der RPK „6.1 Nachtragskredite und 6.2. Verwendung des Ertragsüberschusses“ wie auch auf Seite 86 der Gemeinderechnung 2010 aufgeführt. Es wird also zuerst über die 3 Nachtragskredite und anschliessend über die Verwendung des Ertragsüberschusses abgestimmt.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

- ://: 1. Gestützt auf den Revisionsbericht der ROD vom 19. April 2011 wird die Rechnung 2010 der Einwohnerkasse einschliesslich der Spezialfinanzierungen genehmigt.
2. Die Rechnung der GGA wird mit den vorgeschlagenen zusätzlichen Abschreibungen genehmigt.
3. Die Wasserrechnung wird mit der vorgeschlagenen zusätzlichen Abschreibung und der Einlage in die Vorfinanzierung genehmigt.
4. Die Kreditüberschreitung Wasenstrasse wird bewilligt.
5. Der Ertragsüberschuss von CHF 3'156'988.68 wird wie folgt verwendet:
- CHF 6'560.00 Zusätzliche Abschreibungen Schloss
 - CHF 172'290.00 Zusätzliche Abschreibungen Gemeindeverw. Mob Masch
 - CHF 28'220.00 Zusätzliche Abschreibungen Feuerwehrmagazin
 - CHF 233'580.00 Zusätzliche Abschreibungen Feuerwehr Mob Masch Fahrz
 - CHF 18'220.00 Zusätzliche Abschreibungen Mob Masch Fahrz
 - CHF 18'220.00 Zusätzliche Abschreibungen ALST-Truppenunterkunft
 - CHF 1'140.00 Zusätzliche Abschreibungen Leichtathletik/Fussball (Sandgrube)
 - CHF 10'930.00 Zusätzliche Abschreibungen Jugendhaus
 - CHF 237'550.00 Zusätzliche Abschreibungen Friedhofgebäude
 - CHF 199'750.00 Zusätzliche Abschreibungen Friedhofanlagen
 - CHF 108'960.00 Zusätzliche Abschreibungen Planwerke
 - CHF 1'600'000.00 Einlage Vorfinanzierung Gemeinde-Infrastrukturbauten
 - CHF 521'568.68 Einlage ins Eigenkapital

Dieter Stohler gratuliert der Verwaltung für dieses einstimmige Ergebnis in allen Punkten und dankt dem Präsidenten der RPK, Roland Kuny und auch der RPK.

Geschäft Nr. 2701

Interpellation der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend "Bahn 2030"

Aktenhinweis

- Interpellation der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend "Bahn 2030" 12. Dezember 2010

GR Felix Knöpfel: Die Interpellation 2701 wurde den SBB und dem Kanton unterbreitet. Der Kanton hat gefunden, es betreffe ihn nicht gross und die SBB hat folgendes geschrieben (Zitate): Frage 1: *Welche detaillierten Informationen liegen nun für die Öffentlichkeit zu diesem Infrastrukturprogramm in der Gemeindeverwaltung auf?* Aktuell sind erst Studien in Arbeit, die noch nicht in der Öffentlichkeit präsentiert werden können und sollen. Aus Fairnessgründen wurden die Gemeindeexekutiven über die Studienphase groborientiert. Eine öffentliche Auflage ist erst im Rahmen des eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahrens vorgesehen. Frage 2: *Wer entscheidet, was in der Öffentlichkeit gezeigt werden darf? Aufgrund welcher Kriterien?* Der Inhalt der Dokumente der öffentlichen eisenbahnrechtlichen Planaufgabe ist in der entsprechenden Verordnung des Bundes (SR 742.142.1) definiert. Frage 3: *Wie sind die aktuellen Stände von „ZEB-2“ (Studie, Vorprojekt)?* Die Vorhaben Entflechtung Basel - MuttENZ und Entflechtung Pratteln sind aktuell in der Phase Studie. Fragen 4 bis 6 betreffen die Gemeinden und den Kanton. Frage 4: *Wie arbeitet der Kanton mit den betroffenen Gemeinden zusammen?* Wir selber wollten Kontakt aufnehmen und hatten einen Termin für den April vorgesehen, der jedoch verschoben werden musste. Es liegt nun ein neuer Termin vor und der Kanton bittet zu sich um möchte uns erzählen, wie er es sieht. Frage 5: *Was unternimmt der Gemeinderat um die langfristigen Interessen von Pratteln nachhaltig einzubringen?* Hierüber wurde schon diskutiert; man konnte darüber lesen und es wurde bereits im Einwohnerrat behandelt. Der Gemeinderat befindet sich immer in Kontakt mit dem Kanton und den SBB. Frage 6: *Ist eine Zusammenarbeit mit anderen betroffenen Gemeinden geplant?* Hierin wurde bereits früher erwähnt, dass wir mit MuttENZ diskutiert haben – sie sind auch betroffen – aber MuttENZ ist gegenwärtig mit ihrem Teil der Entflechtung zufrieden, und mit anderen Gemeinden haben wir keinen Kontakt aufgenommen, weil es diese weniger betrifft.

Der Rat beschliesst stillschweigend Diskussion.

Patrick Weisskopf: Wir haben nun von GR Felix Knöpfel gehört, dass es sich um Studien handelt, die gegenwärtig laufen und einen Zeithorizont von 2015 und länger aufweisen. Gerade deshalb ist wichtig, dass wir uns einbringen, weil Pratteln bei diesem zukünftigen Ausbau eine Schlüsselrolle spielen wird. Pratteln wird verändert, falls wir uns nicht einbringen und Kanton, SBB und Bund müssen wissen, dass wir uns wehren werden. Es muss klar sein, dass wir und auch andere Gemeinden nicht wünschen, dass mehr Güterverkehr durch unsere Dörfer geht, sondern dass aktiv andere Lösungen gesucht werden müssen und diese Lösungen und Studien gibt es – das werden wir beim nächsten Geschäft sehen - und leider werden sie zu Tode geschwiegen. Pratteln kann ein attraktiver S-Bahnknoten werden. Auf keinen Fall darf uns der Güterverkehr in die Quere kommen und den Regionalverkehr verdrängen. Auch für die anderen Gemeinden ist wichtig, dass man nun zusammensteht, weil die SBB Pflasterlipolitik betreibt. Sie macht überall kleine Sachen und am Schluss gibt es keine grosse, zusammenhängende Lösung und dies wird schlussendlich teurer, als wenn man es nun in einem Masterplan angehen würde. Auch in Stellungnahmen von Bundesämtern kommt dies klar heraus. Für Pratteln ist wichtig, falls es eine Tunnelvariante gibt und diese nach der Ausfahrt MuttENZ vor der Einfahrt Pratteln statt findet. Der Kanton Aargau hat in seinem Richtplan im Dezember/Januar die dreigleisige Führung mit der Argumentation „kein oberirdischer Güterverkehr“ herausgestrichen und eine Tunnelvariante eingezeichnet, die durch das

Baselbiet Richtung Pratteln geht. Wichtig ist also, auf allen Ebenen aktiv zu werden, gerade jetzt beim Departementswechsel oder auch bei den Nationalratswahlen, wenn die neuen Leute dort sind.

Die Interpellation ist beantwortet.

Präsenz: Neu sind 32 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das absolute Mehr beträgt 17, das 2/3-Mehr beträgt 22 Stimmen.

Geschäft Nr. 2702

Interpellation der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend "Eine neue Bahnlinie für den Güterverkehr"

Aktenhinweis

- Interpellation der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend "Eine neue Bahnlinie für den Güterverkehr" 12. Dezember 2010

GR Felix Knöpfel: Die Interpellation 2702 hat zahlreiche Fragen, die ebenfalls nach Olten geschickt wurden, weil der Gemeinderat diese Fragen nicht beantworten kann. Frage 1: *Ist der Bau einer fast vollständig unterirdisch verlaufenden Güterbahn zwischen dem Rangierbahnhof MuttENZ und dem Raum Wildegg/Othmarsingen, wo sie den Anschluss findet an die Südbahn Richtung Arth-Goldau, an den Rangierbahnhof Limmattal sowie, je nach gewählter Variante, Richtung Lötschberg als mögliche Alternative geprüft worden? Falls ja: Welche Varianten sind im Gespräch? Wie ist Pratteln davon betroffen? Wer lobiiert für diese Varianten? Falls nein: Warum nicht? Ist diese Alternative der Gemeinde und dem Kanton bekannt?* Eine fast vollständig unterirdisch verlaufende Güterbahn ist nicht Bestandteil der aktuell laufenden Planungen. Die Hauptgründe liegen in der fehlenden Etappierbarkeit und den hohen zu erwartenden Investitionskosten. Zudem müsste der Anschluss an den bestehenden Rangierbahnhof MuttENZ auch in Pratteln erfolgen. Dies ergäbe vergleichbare Entflechtungsbauwerke wie jene, die aktuell studiert werden. Frage 2: *Was unternehmen die Gemeinde Pratteln, andere Gemeinden, Kantone und der Bund zur ernsthaften Förderung dieser zukunftsweisenden alternativen Linienführung?* Die Bahnen haben international versucht, den Knoten Basel von transitierendem Güterverkehr via rechte Rheinseite zu entlasten. Dieses Ansinnen ist international auf Ministerialebene einstweilen sistiert worden. Aktuell versucht der Kanton Aargau im Rahmen der Überarbeitung des kantonalen Richtplans solche unterirdischen Güterlinien anstelle der bisherigen Spurerweiterungen vorzusehen. Die Genehmigung auf Bundesstufe dazu steht aber noch an. Frage 3: *Welche Anforderungen (z.B. Sicherheitsvorschriften, Tunnelgrösse) werden an eine rein Unterirdisch verlaufende Güterbahn im Vergleich zum kombinierten Verkehr gestellt?* Aktuell gibt es unseres Wissens keine speziellen Anforderungen an reine unterirdische Güterbahnen. Es gilt das Eisenbahngesetz und die zugehörigen Verordnungen. Frage 4: *Wie sind die Auswirkungen auf die Bau- und Betriebskosten einer rein unterirdisch verlaufenden Güterbahn im Vergleich zu einem kombinierten Verkehr?* Diese Frage lässt sich ohne konkrete Projekte nicht seriös beantworten. Tendenziell sind Tunnelstrecken, insbesondere im in der Region vorhandenen Gestein, teurer im Bau wie im Unterhalt als die freie Linienführung, losgelöst ob sie nur von Güterzügen oder im Mischverkehr befahren werden. Frage 5: *Wäre eine solche Güterverkehrslinie in der Lage den gesamten Güterverkehr durch Jura aufzunehmen?* Auch diese Frage lässt sich nicht abschliessend beantworten. Die Kapazität hängt auch von der Auslegung eines solchen Tunnels (z.B. Anzahl Spuren, fahrbare Geschwindigkeiten) sowie der Anschlüsse an die beiden Korridore Gotthard und Lötschberg

und deren Kapazitäten ab. Frage 6: *Um wie viel verkürzen sich die Transportstrecke und die Transportzeit für Güterzüge?* Diese Frage lässt sich mangels eines konkreten Projektes nicht beantworten. Da sich in Pratteln die Korridore Lötschberg und Gotthard verzweigen, dürften sich zumindest für den einen Korridor die Fahrzeit und der Fahrweg verlängern. Frage 7: *Wie wirkt sich die Trennung zwischen Güter- und Personenverkehr auf den Personenverkehr aus (z.B. Taktfahrplan, Hochgeschwindigkeitszüge ICN und TGV, Regio-S-Bahn)?* Eine Verkehrstrennung hätte wegen der relativ grossen Geschwindigkeitsunterschiede für den Hochgeschwindigkeitsbereich übergeordnet positive Auswirkungen. Da die S-Bahn-Züge eher im Geschwindigkeitsbereich der Güterzüge verkehren und schon heute keine Hochgeschwindigkeitszüge via Pratteln geleitet werden, spielt dieser Punkt, ohne Berücksichtigung der allfälligen zusätzlichen Kapazitäten, eine kleine Rolle. Frage 8: *Wie wirkt sich die Trennung auf die Lärmbelastung der Wohngebiete aus oder drohen - bei nicht Trennung - sogar Restriktionen der Betriebszeiten für die Bahnen?* Die Lärmschutzverordnung des Bundes (SR 814.41) macht abhängig von den Verkehrsarten keine Unterschiede. Sie unterscheidet lediglich zwischen bestehenden und neuen oder wesentlich geänderten Bauwerken. Beim Lärm des Güterverkehrs kommt den Bahnen zu gute, dass das Rollmaterial analog dem des Personenverkehrs ebenfalls saniert und mittel- bis langfristig erneuert wird. Damit gehen auch die Lärmemissionen weiter zurück und kompensieren den Mehrverkehr. Restriktionen bei den Betriebszeiten der Bahnen werden damit nicht erwartet. Wir hoffen, Ihnen mit diesen (Teil-)Antworten gedient zu haben und stehen für allfällige weitere Auskünfte zur Verfügung.

Viel mehr als dieses kann ich nicht sagen denn es wurde tatsächlich in Bereich Kanton und Gemeinden noch nicht hierüber diskutiert. Das, was wir in den Zeitungen über den Aargau lesen konnten und dies ist für mich die einzige Variante, nämlich den Güterverkehr in den Boden zu bringen. Zur Vorinformation: Herr Balmer von der BZ hat mich angerufen und dieses gefragt und ich habe ihm mitgeteilt, dass ich am Montagnachmittag Auskunft gebe; dann kann die BZ es sicher nicht bringen, bevor es der Einwohnerrat weiss.

Der Rat beschliesst stillschweigend Diskussion.

Patrick Weisskopf: Mich erstaunt, dass die SBB nicht besser Auskunft über Studien geben kann, die teilweise in ihrem Auftrag gemacht werden oder auch durch Institute wie die ETH-Zürich. Diese sagen schon lange voraus, dass es bei der NEAT ein Problem gibt, weil man Kapazitäten geschaffen hat, aber bei den Zufahrtsstrecken hapert es. Gerade für den Nord-Süd-Verkehr, an dem wir liegen – man sieht es bei der Autobahn mit 140'000 Fahrzeugen täglich – und mit noch mehr Zügen, falls Frankreich oder Deutschland ausbaut. Es gibt weiter ein schönes dickes Papier von der ETH-Zürich von Professor Dr. Ulrich Weidmann. Es gab auch einen Artikel in der NZZ im Jahr 2008 von Werner Stohler und Peter Zbinden. P. Zbinden war Geschäftsführer der AlpTransit AG, wo eine solche Lösung einer unterirdischen Güterbahn durch den Jura aufgezeigt wird. Diese Lösung zeigt ganz klare Vorteile gegenüber allen oberirdischen Sachen. Für mich ein weiterer Beweis, dass es Pflasterlipolitik ist und dass wir in Pratteln sehr aufpassen müssen, dass wir nicht irgendwo in Bern verkauft werden und plötzlich in einer Planungsaufgabe dastehen und der Tunnel hinter Pratteln beginnt und alles durch unser Dorf fährt. Wir machen hierin Investitionen und diese kommen in den nächsten 15 – 25 Jahren zum Tragen und dies wird unsere Lebensqualität sehr stark beeinflussen. Darum noch einmal mein Aufruf: Bringt solche Sachen an die Öffentlichkeit, schaut dass sie in die Politik kommen und dass sie merken, dass hier ein gallisches Dorf ist, das nicht mit sich handeln lässt.

Die Interpellation ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2705

Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend "Überschreitung der Grenzwerte von perfluorierten Tensiden im Trinkwasser"

Aktenhinweis

- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend "Überschreitung der Grenzwerte von perfluorierten Tensiden im Trinkwasser" vom 26. Januar 2011

GR Felix Knöpfel: Diese Interpellation, und das finde ich etwas stossend daran, wurde schon im Landrat in ähnlicher Form gestellt und es ist komisch, wenn wir von Pratteln aus kantonale Instanzen bewegen müssen, uns Auskunft zu geben. In diesem Sinn hat uns Peter Wenk, Kantonschemiker, schlicht und einfach folgendes geschrieben: „Ihre Anfrage wurde uns von Herrn Dr. A. Auckenthaler zur Beantwortung weitergeleitet. Gerne beantworten wir ihre Fragen. Das Kantonale Labor hat keine Trinkwasserproben aus Pratteln auf perfluorierte Tenside untersucht. Die Kontrollen erfolgen stets risikobasierend. In diesem Fall ging es um einen ersten Überblick. Der Schwerpunkt der Untersuchung lag im Birstal und der Hard.“ Damit erübrigen sich die übrigen Fragen, weil sie nur zutreffen würden, wenn Pratteln auch untersucht wurde.

Die Interpellation ist beantwortet.

Präsenz: Neu sind 33 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das absolute Mehr beträgt 17, das 2/3-Mehr beträgt 22 Stimmen.

Geschäft Nr. 2709

Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend "LED-Strassenbeleuchtung und Signalisationen"

Aktenhinweis

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend "LED-Strassenbeleuchtung und Signalisationen vom 31. Januar 2011

GR Felix Knöpfel: Die „Postupellation“ von Patrick Weisskopf besteht aus 7 Fragen, die jetzt gerade beantwortet werden und ich bitte am Schluss, das Postulat zu überweisen und direkt abzuschreiben. Frage 1: *Welches sind die bekannten Vor- und Nachteile der LED-Technologie im Strassenverkehr?* Vorteile: Geringere Energiekosten, gute Farbwiedergabe, geringe Lichtverschmutzung, geringe Streulichtwerte, einzeln programmierbar (Dimmung möglich). Nachteile: hohe Investitionskosten, Ausleuchtungsspielraum in bestehenden Anlagen und bei Versetzungen begrenzt, hohe Blendung, fehlende Modularität, keine Erfahrungswerte. Frage 2: *Wie verhalten sich die Investitions- und Betriebskosten von LED-Beleuchtungen und Signalisationen im Vergleich mit einer konventionellen Installation?* Die Investitionskosten liegen ca. 150 - 200% über einer NAH-Anlage (Leuchte teurer / mehr Lichtpunkte nötig). Die Betriebskosten betragen ca. 60 - 80% einer NAH-Anlage und ca. 40% einer HQL-Anlage. Frage 3: *Wie viele Leuchten stehen auf Pratteler Gemeindegebiet und welche Strassenbeleuchtungen werden im Jahr 2011 ersetzt oder neu erstellt?* Leuchtenbestand Gemeinde total 1'335 Stück. Ersatz und Neuerstellung im Jahr 2011 ca. 40 Stück Leuchten und 12 Stück Kandelaber. Frage 4: *Wo sind LED-*

Strassenbeleuchtungen in Pratteln schon in Verwendung oder ist ein Einsatz geplant? Heute ist noch keine in Verwendung. Angedacht ist für 2011 die Neuerstellung Zurlindenstrasse (ca. 10 Stück LED-Leuchten). Frage 5: *Wie und wann plant die Gemeinde Pratteln den Umstieg auf LED Technologie vorzunehmen?* Der Umstieg für Neuanlagen ist ab jetzt möglich und es werden Ersatzlampen bestehender Anlagen weiterhin mit Natrium-Hochdrucklampen bestückt. Die Armaturen der Strassenbeleuchtungen sind grösstenteils in einem guten Zustand. Eine Auswechslung ist üblicherweise erst nach Ablauf der Lebensdauer vorgesehen. Frage 6: *Ist für solche Installationen ein spezielles Budget vorgesehen um damit Erfahrungen zu sammeln?* Nein, die Umstellung wird aus dem vorhandenen Budget bezahlt. Die Erfahrungen werden genau beobachtet. In den nächsten Jahren werden rasante Verbesserungen im Bereich Lichtausbeute, Farbwiedergabe, Bedienbarkeit, Optik usw. gemacht. Ebenso werden die Investitionskosten sinken. Für eine flächendeckende Umrüstung ist der jetzige Zeitpunkt daher noch viel zu früh, was auch die Arbeitsgruppe Beleuchtung des Kantons Baselland ebenfalls empfiehlt. Frage 7: *Würde bei einer Installation die Meinung der Bevölkerung einbezogen?* Nein.

Dieter Stohler: Es handelt sich um ein Postulat und der Gemeinderat würde es entgegen nehmen. Das Wort ist frei zum Postulat.

Urs Hess: Als wir gesehen haben, dass ein Postulat vorliegt, das eigentlich eine Interpellation ist, war für uns klar, dass es rein aus formellen Gründen nicht überwiesen werden kann. Der Gemeinderat ist vorgeprescht, hat die Antworten bereits gegeben und nun ist für uns klar, dass man es überweisen und abschreiben kann und dann ist es erledigt.

Kurt Lanz: Dieses Geschäft beschäftigt mich. GR Felix Knöpfel hat verschiedene Auskünfte erteilt, die ich etwas anders sehe. GR Felix Knöpfel hat den Ausdruck der Lichtausbeute verwendet. Lichtausbeute ist eine Grösse, die angibt, wie viel Licht man für wie viel Strom erhält. Bei einer LED-Lampe liegt die Lichtausbeute heute in der Grössenordnung von 150 Lumen/Watt und bei einer Natriumniederdrucklampe bei 200 Lumen/Watt. Aus diesem Grund konnte ich nicht verstehen, warum man auf der Strasse LED-Lampen installieren soll. Dann die Auskunft im Zusammenhang Lichtimmissionen – ich gebe an GR Felix Knöpfel gerne Informationsbroschüren ab. Niederdrucknatriumlampen sind diejenigen mit einem starken orangen Licht. Das orange Licht ist das immissionsfreundlichste Licht, weil es diejenigen Tiere, die nachtaktiv sind, am wenigsten anzieht und, so gesehen, unserer Lichtinitiative am ehesten entgegen kommt. Wenn man nun in der Zurlindenstrasse 11 solcher Lampen erstellen will und dies als Pilotprojekt anschaut, stellt sich für mich die Frage, ob man nicht vom Pilot profitieren kann, das der Kanton zwischen Sissach und Gelterkinden macht und ob es nicht tatsächlich besser wäre, wenn man Natriumniederdrucklampen installiert, die eine bessere Lichtausbeute haben. Ich bin froh, habe ich nun Antworten zu diesem Postulat erhalten, aber überwiesen hätte ich es nicht, weil ich nicht möchte, dass man LED-Lampen montiert, nur weil es gerade im Trend liegt, obwohl sie mehr Energie brauchen. Ja, es gibt ein besseres Licht - aber ist es tatsächlich notwendig, dass ich für mehr Strom ein qualitativ gutes Licht habe, dass ich auf meinem Papier noch unterscheiden kann, dass ich blau geschrieben habe, der Drucker schwarz und ich mit meinem roten Marker etwas markiert habe? Diese Unterscheidungen muss man in einem Schulzimmer machen können, und wenn man dort die Fluoreszenzröhren, die normalen Röhren, durch LED ersetzen würde, würden wir viel mehr gewinnen, weil sie mit grösster Wahrscheinlichkeit noch energieeffizienter eingesetzt werden können und weil dort das Licht gerade in den Wintermonaten sehr häufig brennt, dann wäre es dort viel energieeffizienter. Ich empfehle dem Gemeinderat, sich noch einmal zu überlegen, dort Geld auszugeben für eine farbechte super Strassenbeleuchtung, die mehr Strom braucht als notwendig oder ob er das Geld nicht lieber wo anders investiert.

Abstimmung zur Überweisung des Postulates

Der Rat beschliesst mit 9 Ja zu 20 Nein bei 4 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2709 wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2724

Interpellation der SVP-Fraktion, Urs Hess, betreffend "Energiestadt Pratteln, Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs"

Aktenhinweis

- Interpellation der SVP-Fraktion, Urs Hess, betreffend "Energiestadt Pratteln, Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs" vom 28. März 2011

GR Felix Knöpfel: Frage 1: *Wie gross ist der Gesamtenergieverbrauch der gemeindeeigenen Liegenschaften und Anlagen Öl, Gas, Strom, Holz etc.)?* Öl wird auf der Gemeinde für Gebäudebeheizungen, den Betrieb von Notstromaggregaten des Zivilschutzes sowie für den Fahrzeugpark verwendet. Der Erdölverbrauch beträgt für die Gemeinde ca. 2 Mio. Kwh pro Jahr und ist jeweils abhängig von den Klimaverhältnissen und den Heiztagen. Zur Zusammensetzung des Gesamtenergieverbrauches: Gas 16%, Fernwärme 21%, Strom 22%, Heizöl 41%. Der jeweilige Verbrauch ist abhängig von den Klimaverhältnissen, den Heizgradtagen und dem Benutzerverhalten. Die Abteilung Bau führt neu eine Energiebuchhaltung, damit aktuelle Daten ermittelt und Auswertungen erstellt werden können. Bereits sind erste neuere Energieverbrauchsdaten bekannt. Die letzten datieren leider vom Stand 2004. Frage 2: *Mit welchen Massnahmen und bis wann wird der Energieverbrauch gedrosselt?* Bei Erneuerungen, Ersatz und Neuerstellungen von Anlagen und Bauten wird auch die Energieeffizienz berücksichtigt. Ein weiterer Gesichtspunkt bei diesen Massnahmen ist ebenfalls die Berücksichtigung der Verwendung von erneuerbaren Energien. Projekte welche zum Teil schon umgesetzt sind oder zukünftig umgesetzt werden a) Planerische Massnahmen: Vorschriften bei Quartierplanung, mindestens Minergie-Standard, Förderung und Einsatz von erneuerbaren Energien, Forderung von energetischen Zusammenschlüssen gemäss Energiesachplan b) Massnahmen bei eigenen Objekten: Ersatz der Beleuchtungseinrichtung in Bereichen der Schulhäuser Längi, Aegelmatt, im Friedhofs- oder dem Werkhofgebäude etc. Normale Glühlampen werden wo möglich durch Energiesparlampen ersetzt, Einbau von Bewegungsmeldern und Zeitschaltuhren, Planung für eine Teststrecke für LED-Strassenbeleuchtung, Vorgaben in Submissionen oder bei Wettbewerben, Erstellung von Gebäudeausweisen, welche Aufschluss über den energetischen Zustand geben und dem Sanierungsbedarf ermitteln, diverse Schulungen und Weiterbildungen des Personals c) Öffentlichkeitsarbeit: angedacht und in Abklärungen mit den Schulen ist das Projekt "sChOOLhouse Company", bei welchem die Schüler sensibilisiert werden sollen, Öffentlichkeitsarbeit allgemein, verschiedene Anlässe wie bereits durchgeführt. Zeitpunkt der Ausführungen: Die Reduktion des Energieverbrauches wird laufend durch entsprechende Massnahmen der öffentlichen Hand angestrebt. Frage 3: *Wie hoch ist das Energiesparziel des Gemeinderates?* Die Gemeinde hat sich mit der Erteilung des Energiestadtlabells dazu verpflichtet, die mit dem energiepolitischen Programm verbundenen Aktivitäten innert den nächsten vier Jahren, im Rahmen des jeweils bewilligten Budgets, durchzuführen. Dies beinhaltet folgendes: energiepolitische Zielsetzungen, Stabilisierung des Gesamtenergieverbrauches mit anschliessender Reduktion des Verbrauches. Der Anteil der erneuerbaren Energieträger und Abwärme am Wärmebedarf auf dem Gemeindegebiet soll bis ins Jahr 2020 von ca. 4% auf 20% erhöht werden. Dies wurde früher bereits kommuniziert und zwar im Jahr 2009 mit den energiepolitischen Zielsetzun-

gen des Gemeinderates. Bei der effizienten Energienutzung in den Bereichen gemeindeeigene Bauten und Anlagen nimmt die Gemeinde eine vorbildliche Haltung ein. Der Anteil der erneuerbaren Energieträger und Abwärme am Wärmebedarf wird bis 2020 von heute ca. 3% auf 20% erhöht. Der Energiebedarf für Raumwärme soll bis 2020 um 20% reduziert werden. Aus den energiepolitischen Zielsetzungen des Gemeinderates: Die Wärmeversorgung im Gemeindegebiet erfolgt grösstenteils über die Energieträger Gas, Wärmeverbünde usw. Im Hinblick auf die CO₂-Problematik ist anzustreben, dass der Anteil Gas und Öl weiter reduziert und mit CO₂-neutraler Energie erzeugt wird. Die Elektrizitätsversorgung wird durch die EBL und EBM sichergestellt. Es wird in Zukunft auf dem Markt mehr erneuerbarer Strom eingekauft. In der Gemeinde ist der öffentliche Verkehr vorbildlich; zudem soll der nicht-motorisierte Individualverkehr gefördert und ausgebaut werden. Die Gemeinde betreibt zum Thema Energie eine gezielte aktive Öffentlichkeitsarbeit. Dies sind die Ziele des Gemeinderates. Frage 4: Wie kann neben Erdöl- und Gas- auch der Stromverbrauch reduziert werden? Ich habe bei der Beantwortung der Frage 2 schon darauf hingewiesen und wiederhole es nicht noch einmal. Frage 5: Wie sieht das entsprechende Umsetzungskonzept mit dem entsprechenden Fahrplan aus? Ich verweise auf die Antworten bei Frage 3. Wie gesagt, hat der Gemeinderat die energiepolitischen Zielsetzungen beschlossen und den Aktionsplan 2010 – 2013 der Abteilung Bau gut geheissen. Dies beinhaltet, dass wir neben den budgetierten Sachen jeweils 30% der Einnahmen der Konzessionen für Erdgas und Elektrizität, die die Gemeinde einnimmt, für energiesparende Massnahmen einsetzen. Jetzt hoffen wir, dass der Einwohnerrat unsere budgetierten Beträge auch in Zukunft gut heisst.

Der Rat beschliesst stillschweigend Diskussion.

Urs Hess: Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort, bin aber mit den Antworten nicht so sehr glücklich. Bei Frage 1 hat GR Felix Knöpfel eine Rechnung gemacht und dies ergibt ungefähr 145% Energiebedarf, den wir brauchen. So stimmt etwas in der Zusammensetzungsrechnung nicht bei 60% Gas, 21% Fernwärme, 22% Strom und 41% Öl. Weiter muss ich sagen, dass darüber geredet wurde, dass man zu erneuerbaren Energien kommen will, aber wie man Energie sparen will, da ist der Gemeinderat sehr, sehr, sehr vage vorgegangen. Er redet von einem Energiesachplan und ich weiss nicht, wo dieser ist und ob man ihn sehen kann oder ob es ein Wunschdenken ist und ob man ihn zu Gesicht bekommt. Es liegt eine Mitteilung auf dem Tisch, dass man so etwas erarbeiten will, also kann man sicher noch nicht davon reden, dass man sich hier ein Ziel gesetzt hat, wie man sparen will. Zum Aktionsplan: Ich weiss nicht, ob schon mal jemand davon gehört hat; vielleicht lese ich zu wenig Unterlagen oder der Gemeinderat hat wirklich noch nichts davon gesagt. Dass man 30% der Konzessionseinnahmen für energiesparende Massnahmen einsetzen will, habe ich noch nicht gehört. Es handelt sich um einen relativ kleinen Betrag und es geht dann um fast gar nichts. Welche Kosten an Investitionen entstehen und auch aus der laufenden Rechnung, darauf habe ich überhaupt keinen Hinweis bekommen. Wenn man Energie sparen will, und dies ist der richtige Weg, dann gehören ganz klar die Kosten dazu, denn Energie sparen kostet Investitionen und dies ist eine Aufgabe, die ich vom Gemeinderat erwarte.

Eva Keller: Zu diesem Thema habe ich 2 Bemerkungen und 1 Fazit: Vor ungefähr 20 Jahren hat man schon einmal in der Gemeinde Öl sparen wollen mit dem Resultat, dass die Kindergärten im Winter am Montagmorgen keine 15° Temperatur mehr hatten. Entweder haben wir die Kinder in Skianzüge gesteckt oder zu Hause gelassen. Das war der Zeitpunkt, als meine Tochter offiziell mit meiner Erlaubnis schwänzen durfte und dies schon im Kindergarten. Vor rund 3 Wochen an einem lauen Frühlingsabend im Feuerwehrmagazin mussten wir alle Fenster aufreissen, weil es so heiss war. Wir haben angenommen, es sei von der Sonne, aber nachher haben wir realisiert, dass die Heizungen in Betrieb waren. Mein Fazit: Beim Erstellen des Konzeptes findet bitte einen Mittelweg, also keine frierenden Kinder und keine schmorenden Erwachsenen. Ich füge hinzu, dass die SP-Fraktion für sämtliche energiesparenden Massnahmen ist. Man kann beispiels-

weise diszipliniert Lichter löschen, wenn die Sitzung fertig ist und man den Raum verlässt.

GR Felix Knöpfel: Antworten an Urs Hess: Es handelt sich um 16% und nicht um 60%. Der Aktionsplan muss nicht in den Einwohnerrat gelangen. Ich erinnere: Wir haben vorgesehen für die Massnahmen im Jahr 2010 CHF 53'000, die bereits verbraucht sind. Im Jahr 2011 waren es CHF 40'500 und Jahr 2012 sind CHF 48'000 und im Jahr 2013 sind CHF 33'500 bis jetzt vorgesehen. Dies kann sich ändern, ist aber im Aktionsplan so vorgesehen und diesen hat der Gemeinderat verabschiedet. Der Energiesachplan ist bereits bekannt und Pratteln hat ihn schon. Er wird noch vor dem Sommer dem Gemeinderat vorgestellt; es handelt sich nicht um Weltbewegendes aber man kann ihn auch in den Einwohnerrat geben. Er ist sehr umfassend und besteht aus rund 40 Seiten. Für den einen oder anderen Interessierten ist dies sicher eine interessante Sache. Ich denke nicht, dass wir mit Detailsachen in den Einwohnerrat kommen. Der Einwohnerrat muss uns allenfalls beim Budget bei der Nase nehmen, wenn wir dort etwas falsch gemacht haben.

Rös Graf: Zur Beantwortung dieser Interpellation ist mir noch eingefallen: Vor allem jetzt bei Punkt 1, wo GR Felix Knöpfel korrigieren musste - es sind nun 16 statt 60% - war ich von der Beantwortung der Interpellation überfordert. Ich notiere mir gerne Sachen, um nachzufragen, habe es aber nicht verstanden, weil so viele Informationen kamen. Ich bitte den Gemeinderat in Zukunft, wenn solche umfassenden Beantwortungen kommen, dass wir diese vorher auf dem Tisch haben respektive, dass uns eine solche Beantwortung zugestellt wird. Heute Abend wurde noch auf den Zettel hingewiesen, den wir auf dem Tisch haben (Scholer und Blatter AG) und ich konnte dies ja nicht lesen jetzt während der Sitzung. Ich bitte Sie, dies in Zukunft schriftlich abzugeben.

Urs Hess: An Rös Graf: Ich habe nicht eine schriftliche Antwort verlangt, mündlich hätte ausgereicht. Ich bin davon ausgegangen, der Gemeinderat würde den Fragen nach beantworten, hat aber ein Durcheinander gemacht und ist von der Frage 4 zur Frage 2 gesprungen und dann zu einer anderen Frage und man musste sich Einiges aufschreiben, damit man noch nachkam. Wenn der Gemeinderat sagt, wir wollen einen Energiesachplan machen und wenn ihn der Gemeinderat noch nicht verabschiedet hat, gibt es ihn noch nicht, sondern er ist in Arbeit. Wenn man meint, mit CHF 53'000 pro Jahr könne man Energie sparen, ist dies wahrscheinlich ein Lippenbekenntnis und hat mit Energie sparen nichts zu tun. Ich erwarte daher vom Gemeinderat, dass er klar aufzeigt, was für Investitionen ausgelöst werden müssen, damit wir Energie sparen können. Mir geht es nicht darum, dass man nicht alternative Energien braucht, dies ist sinnvoll und vernünftig, es geht darum, wie man die verbrauchte Energie reduzieren kann und dies soll man. Mit den LED-Lampen, Kurt Lanz hat es bereits gesagt, und unsere Elektriker hat dasselbe gesagt betreffend Stromverbrauch und dies ist wahrscheinlich ein Schritt in die falsche Richtung. Wie gesagt, ich erwarte vom Gemeinderat, ich erwarte, dass er ganz klar aufzeigt, was für Investitionen vorgesehen sind, damit eine Energiereduktion Wirklichkeit wird bei uns in den Gemeindeligenschaften, die zum Teil, auf deutsch gesagt, in einem hundlausigen Zustand sind.

Die Interpellation ist beantwortet.

Dieter Stohler: Nach dem Geschäftsreglement des Einwohnerrates hat der Gemeinderat das Recht, mündlich zu antworten „Der Gemeinderat antwortet in der Regel an der nächsten Sitzung mündlich“. Wenn nun jemand eine schriftliche Antwort will, hat er dazu ein Instrument, allerdings ein wenig benütztes. Es gibt im Geschäftsreglement des Einwohnerrates die Ziffer 3.1.10 „Kleine Anfrage“ und die kleine Anfrage wird vom Gemeinderat schriftlich beantwortet. Hierüber gibt es keine Diskussion.

Geschäft Nr. 2712

Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend "Reduktion des Erdöl-Verbrauchs der Einwohnergemeinde"

Aktenhinweis

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend "Reduktion des Erdöl-Verbrauchs der Einwohnergemeinde" vom 14. Februar 2011

GR Felix Knöpfel: Auch diese Postupellation besteht nur aus 7 Fragen und keinen Forderungen, d. h. es gibt ein ähnliches Vorgehen wie beim LED. Ich beantworte die 7 Fragen und fahre weiter wie das letzte Mal. Frage 1: ... *wie gross der jährliche Erdölverbrauch der Einwohnergemeinde ist und wofür das Erdöl verwendet wird (nur Heizung?).* Öl wird auf der Gemeinde für Gebäudebeheizungen, den Betrieb von Notstromaggregaten des Zivilschutzes sowie für den Fahrzeugpark verwendet. Der Erdölverbrauch beträgt für die Gemeinde ca. 2 Mio. Kwh pro Jahr und ist jeweils abhängig von den Klimaverhältnissen und den Heiztagen. Frage 2: ... *wie der Energiemix der Gemeinde aussieht (d.h. welche Energiequellen haben welchen Anteil, allenfalls unterteilt nach Verwendungszweck).* Zur Zusammensetzung des Gesamtenergieverbrauches: Gas 16%, Fernwärme 21%, Strom 22%, Heizöl 41%. Die Energiebuchhaltung wird neu wieder eingeführt und wir kommen nächstes Jahr sicher wieder mit genauen und aktuellen Zahlen. Wie gesagt, die letzte Energiebuchhaltung stammt aus dem Jahr 2004. Frage 3: ...*wie sich die Abhängigkeit von Erdöl senken lässt.* Bei Erneuerungen, Ersatz und Neuerstellungen von Anlagen und Bauten wird auch die Energieeffizienz berücksichtigt. Ein weiterer Gesichtspunkt bei diesen Massnahmen ist ebenfalls die Berücksichtigung der Verwendung von erneuerbaren Energien. Ebenfalls soll bei Gebäuden die Möglichkeit des Minergie und Minergie-Plus Standards berücksichtigt werden. Die notwendigen Kosten werden mit den Einsparungen bei den Betriebskosten verglichen. Zudem wird beim Ersatz und bei der Beschaffung von Geräten, Fahrzeugen usw. neben den Benutzungsaspekten auch die Energieeffizienz berücksichtigt und auch erneuerbare Energien sollen gefördert werden. Der Gemeinderat erachtet es als sinnvoll, die Bevölkerung mittels diverser Informationskampagnen, wie sie auch schon erfolgt sind, wie z.B. der "100 Solar-dächer", "jetzt energietechnisch modernisieren" und auch "100 Photovoltaikanlagen jetzt" das Ziel gesetzt, die Bevölkerung aufzuklären, zu sensibilisieren und für das Energiesparen zu motivieren. Frage 4: ... *wie sich die Energieversorgung auf erneuerbare Energiequellen umstellen lässt (unter Berücksichtigung des Sparpotenzials durch Massnahmen wie z.B. bessere Gebäudeisolation).* Der Gemeinderat hat bereits im Jahre 2010 die ersten Gebäudeausweise erstellen lassen. Weitere Gebäudeausweise sollen im Jahr 2011 folgen (dies ist eine lange Liste mit allen Gebäuden, die die Gemeinde besitzt). Das Sanierungspotential und allfällige Sanierungsmassnahmen oder Abbruch mit Neubau sollten daraus abgeleitet werden. Dabei werden auch die dafür notwendigen Kosten in Betracht gezogen. Ein Beispiel ist das Gelbe Schulhaus: Rientiert sich eine energetische Sanierung überhaupt? Rientiert es sich nicht mehr? Frage 5: ...*wie lange eine vollständige Umstellung dauern würde.* Die Dauer der Umstellung ist abhängig von den bereit gestellten finanziellen und personellen Ressourcen, die momentan nicht genau beziffert werden können. Frage 6: ... *wie sich eine Umstellung auf erneuerbare Energiequellen auf die Finanzen der Gemeinde auswirken würde (notwendige (zusätzliche) Investitionen, geringere Kosten der Energieversorgung, bessere Prognostizierbarkeit der Energiekosten.* Auf Grund des heutigen Gebäudestandards kann allgemein angenommen werden, dass hohe Investitionen nötig sind, was Urs Hess bereits gesagt hat. Diese müssen im Einklang mit dem Finanzhaushalt der Gemeinde stehen und es ist deshalb umso wichtiger und auch notwendig, eine gesamtheitliche und langfristige Betrachtungsweise anzustreben. Frage 7: ... *ob der Gemeinderat bereits beschlossen hat, Erdöl als Energiequelle zu ersetzen oder wann er dies zu tun gedenkt?* Die Gemeinde hat sich mit der Erteilung des Energiestadtlabels dazu verpflichtet, den Gesamtenergieverbrauch der Gemeinde zu stabilisieren und anschliessend zu reduzieren. Die Zahlen habe ich

bereits früher erwähnt und dies kann auch gerne schriftlich abgegeben werden; es sind die Zielsetzungen, die der Gemeinderat 2009 gefasst hat. Die Wärmeversorgung erfolgt bereits heute für die Gemeindelienschaften über Wärmeverbünde. Wir sind ein Dorf, das bezüglich Wärmeverbünde fast einen Spitzenplatz einnimmt. Wir haben 7 Wärmeverbünde und diese heizen viele unserer gemeindeeigenen Gebäude. Zielsetzung ist auch, dass in Zukunft auf dem Markt mehr erneuerbare Energien eingekauft werden. Der Gemeinderat hat bereits bei der Planung des neuen Feuerwehrmagazines, der neuen Gemeindeverwaltung und auch bei Zonen- und Quartierplanungen energietechnische Vorgaben beschlossen, die später umgesetzt und eingehalten werden müssen. Weitere Projekte der rollenden Planung und Umgestaltung sind: Vorgaben in Submissionen oder bei Wettbewerben, Gebäudeausweise, Energiesachplan, Eco-Drive-Kurse für die Verwaltung und Gutscheine auch für die Bevölkerung, Analyse Langsamverkehr und Begegnungszonen, Informationsveranstaltungen und Medienmitteilungen, Sensibilisierung der Schüler über die "sChOOLhouse Company". Ich bitte sie, das Postulat nicht zu überweisen, weil wir schon an der Arbeit sind.

Benedikt Schmidt: Ich bitte euch, das Postulat als Postulat so zu überweisen, wie es hier vorliegt. GR Felix Knöpfel hat relativ viel erzählt, was man alles machen könnte, hat das aufgezählt, was man – böse gesagt – in jedem Schüleraufsatz finden könnte. Ich finde es relativ unkonkret. Ich hätte gerne diverse und viel detailliertere Antworten und viel konkreter. Was seine Vorstellungen sind, was man machen soll und nicht eine Auswahlendung möglicher Sachen. Urs Hess hat vorhin gesagt, der Gemeinderat solle doch ganz klar aufzeigen, welche Massnahmen ergriffen werden sollen und dies ist das, was das Postulat möchte. Wie man die Umstellung machen will, meine Frage 4, da wurde eine Liste von denkbaren Sachen erwähnt und sogar der Langsamverkehr. Auch bei Frage 6, was wir investieren müssen, fände ich eine konkrete Antwort spannend und wenn man diese Zahl kennt, kann man auch ein entsprechendes Budget erstellen. Man kann nicht sagen, wir machen das, was im Budget ist, man muss argumentieren, dass wir so viel ins Budget nehmen, wie es braucht, das ist der sinnvollere Ansatz. Zu sagen, dass es hohe Investitionen braucht, ist mir zu diffus und ich hätte es viel konkreter. Daher bitte ich um Überweisung als Postulat und der Gemeinderat kann sich damit noch beschäftigen, er ist offenbar sowieso daran, einen Energiesachplan zu erarbeiten und offenbar schon bald parat und ich denke, es ist daher nicht so ein riesiger Aufwand.

Urs Hess: Wir haben das Postulat gut durchgelesen und für uns ist eine Interpellation. Der Gemeinderat hat zu dieser Interpellation, die ja ein Postulat sein soll, eine komische Antwort gegeben. Er hat wieder die Prozente durcheinander gebracht, aber wir verzeihen dies. Beim Ölverbrauch ist er bei 41% geblieben, bei meiner Interpellation hat er gesagt, der gesamte Energieverbrauch beträgt 2 Mio. Kwh und hat nun dies beim Erdölverbrauch erzählt. Damit wäre der Gesamtenergieverbrauch, im Kopf gerechnet, rund 5 Mio. Kwh. Da weiss der Gemeinderat wahrscheinlich nicht, was Sache ist. Aber seine Interpellation ist beantwortet und ich gehe davon aus, dass man gemeinsam einen anderen Vorstoss machen müsste, damit der Gemeinderat tatsächlich prüfen und berichten muss. Es handelt sich um eine Interpellation und darum lehnen wir die Postulatsform aus formellen Gründen ab.

Rös Graf: Die SP-Fraktion hat sich auch mit dem Postulat auseinander gesetzt und auch gefunden, es sei eine Interpellation. Wenn ich nun sehe, was für Antworten wir erhalten haben, unterstütze ich voll das Postulat. Es ist für mich hochaktuell und ich möchte gerne konkretere Vorgaben und Information wie es auch Benedikt Schmidt verlangt hat. Ich unterstütze es als Postulat.

Stephan Ackermann: Genau was Rös Graf gesagt; der Gemeinderat hat nun aus seiner Sicht eine Interpellation beantwortet und zwar auf eine Art und Weise, mit der man nicht zufrieden sein kann. Das ist der Punkt, warum dies ein Postulat ist und keine Interpellation. Damit die Fragen - prüfen und berichten – wirklich fundiert geprüft werden und später darüber berichtet wird, was auch einen gewissen Aufwand bedeutet und man ge-

wisse Ressourcen dafür benötigt, die höher sind als bei einer Interpellation. Daher erwarte ich, wenn es heute überwiesen wird, dass die offenen Fragen sauber abgeklärt sind, dass Projekte aufgezeigt werden, genau so, wie es in den Fragen formuliert ist. Ich bitte die SVP, dies auch zu unterstützen. Du hast vorhin festgestellt, dass es nicht zur Zufriedenheit des Einwohnerrates beantwortet ist und daher müssen wir Einwohnerräte uns an der Nase nehmen und uns nicht Alles vom Gemeinderat bieten lassen und wir nicken nicht nur zu den Antworten. Dass man es bei einer Fragestunde so macht – da bleibt uns nichts anders übrig und man kann keine Diskussion darüber abhalten. Aber bei so etwas müssen wir aufpassen, dass wir nicht alles durchwinken, was uns der Gemeinderat „zum Frass“ vorwirft. Ich finde es einen guten Vorschlag, falls sich die SVP nicht durchringen kann, das Postulat zu unterstützen, dass Urs Hess und Benedikt Schmidt nachher ein neues Postulat formulieren, in dem keine Fragen mehr vorkommen, sondern man wirklich die Projekte auf dem Tisch haben will; eigentlich könnte man dies mit dem Postulat, wie es heute auf dem Tisch liegt, auch schon machen.

Peter Häring: Ich kann dir nicht Recht geben; von der Form her ist es eine Interpellation und ich denke, auch die Grünen und Unabhängigen können ihre Anliegen in Form einer Interpellation stellen und wenn es ein Postulat sein soll, dann in Form eines Postulates. Im Übrigen mag die Antwort von GR Felix Knöpfel nicht wahnsinnig überzeugend gewesen sein, immerhin hat er auf dem Blatt, das vor uns liegt „1 Jahr Energiestadt Pratteln“ darauf hingewiesen, dass die Antworten in ausführlicher Form kommen sollen und vermutlich kann der Gemeinderat, auch wenn es als Postulat überwiesen werden sollte, nicht mehr Auskunft geben, als das, was sowieso kommen sollte. Wir sind für Nichtüberweisung.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 15 Ja zu 18 Nein bei 0 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2712 wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2721

Interpellation der SP-Fraktion, Rös Graf, betreffend "Atomstromfreie Energie"

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Rös Graf, betreffend "Atomstromfreie Energie" vom 24. März 2011

GR Felix Knöpfel: Frage 1: Was unternimmt der Gemeinderat in Sachen saubere Energie? Der Gemeinderat hat im Budget 2011 den Mehrpreis für den gesamten Energieverbrauch der Gemeinde für den Bezug von Rheinstrom, also Ökostrom, eingestellt. Rheinstrom kommt aus der Region und wird zu 100% in den Wasserkraftwerken Augst und Birsfelden gewonnen. Mit dem Aufpreis soll die regionale Energiegewinnung ohne Atomstrom gefördert werden. Der Einwohnerrat hat beschlossen, diese Mittel nicht für den Ökostrom, sondern für Energiesparmassnahmen an gemeindeeigenen Liegenschaften zu verwenden. Ein Teil des budgetierten Ökostromes wurde vom Einwohnerrat im Budget der Wasserrechnung und der GGA belassen, wir wissen nicht warum, aber es bleibt darin. Zudem leistet die Gemeinde mit dem jährlichen Einkauf von Ökostrom schon seit langem, es handelt sich um einen Betrag von rund CHF 5'000 im Sinne einer Vorbildfunktion einen Beitrag an die erneuerbaren Energien. Die Gemeinde und Energiestadt Pratteln hat sich mit öffentlichen Informationsveranstaltungen wie dem Solardachprogramm oder 100 Photovoltaikanlagen jetzt zum Ziel gesetzt, die Bevölkerung über die Möglichkeiten des Energiesparens zu informieren und die Motivation zu fördern. Frage 2: Ist der GR bereit, von privaten Solargenossenschaften wie SOPRA Pratteln, Gugger Sunne Ettingen oder anderen, direkt Solarenergie einzukaufen? Eigentümerin der Stromnetze in Pratteln sind EBL und EBM. Wie bereits unter Frage 1 erwähnt, bezieht die Gemeinde einen kleinen Anteil an Ökostrom von den EBL. Der Anteil könnte aber auch in Form von Solarenergie erfolgen. Auf dem Gebäude des Schulhauses Erlimatt befindet sich eine Photovoltaikanlage der SOPRA. Ebenfalls befindet sich auf dem Dach des KUSPO eine Voltaikanlage der EBL, die rund 76'000 Kwh pro Jahr produziert. Beide Anlagen speisen den produzierten Strom ins Netz der EBL; Abklärungen, ob ein direkter Bezug möglich ist, müssten noch erfolgen. Bei der Generalversammlung der SOPRA, bei der ich selber Mitglied bin, wurde über dieses diskutiert und wir suchen einen gangbaren Weg zu finden. Frage 3: Hat der GR dazu bereits Abklärungen getroffen? Im Zuge der Budgetierung des Ökostromes für das Budget 2011 wurden verschiedene Mehrpreisvarianten bei den EBL und EBM geprüft; seitdem wurde nichts mehr unternommen. Frage 4: Wenn ja, was haben die Abklärungen ergeben? Die Variante mit einem Aufpreis von 3 Rappen pro Kwh wurde im Budget eingestellt, aber aus bekannten Gründen abgelehnt. Die Abklärungen für eine Photovoltaikanlage auf dem Feuerwehrmagazin sind im Gang. Als Betreiber kommt die SOPRA in Frage. Frage 5: Wenn Nein, ist der GR bereit, alles zu unternehmen um einen Teil des Prattler Energiebedarfes mit „echter“ sauberer Energie abzudecken? Der Gemeinderat verfolgt stets alle Themen der Energiestadt und ebenfalls die aktuellen klimatechnischen und politischen Gegebenheiten. Er vertritt die Meinung, dass unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten und des politischen Willens alle Massnahmen für eine Reduktion des Energieverbrauches unter Einsatz erneuerbarer Energien seriös geprüft werden sollen. Energiepolitisch ist eine nachhaltige Handlungsweise anzustreben.

Die Interpellation ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2726

Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend "Velosicherheit Zehntenstrasse"

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend "Velosicherheit Zehntenstrasse" vom 16. April 2011

GR Ruedi Brassel: Gert Ruder verweist auf eine heikle Passage im Prattler Verkehrsnetz. Frage 1: *Ist sich der Gemeinderat der gefährlichen Situation bewusst und wenn JA, was hat er dagegen unternommen?* Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Situation dort besonders gefährlich ist und hat bereits einen Auftrag an die Gemeindepolizei erteilt, Massnahmen für diesen Bereich zu erarbeiten. Frage 2: *Wie hat der Gemeinderat zusammen mit der Bauverwaltung sichergestellt, dass die Gummieinlagen in den genannten Industriegeleisen kontrolliert werden und wenn fehlerhaft, Ersatz beschafft wird?* Durch den Werkhof werden vierteljährlich Kontrollen der Industriegeleisequerungen vorgenommen, die den Zustand der Industriegeleise-Anlagen untersucht. Festgestellte Mängel werden mittels eines extra dafür geschaffenen Formulars den Eigentümern zur Behebung mitgeteilt. Frage 3: *Ist der Gemeinderat bereit, auf der Südseite der Zehntenstrasse zwischen Gottesackerstrasse und Schlossstrasse eine deutliche Strassenrandmarkierung anzubringen? Wenn NEIN warum nicht?* Der Gemeinderat ist sehr wohl bereit, die Situation auf der Südseite der Bahn genauer anzuschauen und Lösungen zu finden, die dem Langsamverkehr und dem Velofahrer genügend Sicherheit bieten. Frage 4: *Ist der Gemeinderat bereit, auf der Nordseite der Zehntenstrasse zwischen Gottesackerstrasse und den erwähnten Industriegeleisequerungen die Parkierbewilligung aufzuheben und ein allgemeines Parkverbot einzurichten? Wenn NEIN warum nicht?* Dabei wird auch die Parkierungsmöglichkeit ins Auge gefasst entlang der Lärmschutzmauer und wir werden solche Massnahmen prüfen, im Gemeinderat beschliessen und umsetzen.

Der Rat beschliesst stillschweigend Diskussion.

Gert Ruder: Ich danke dem Gemeinderat für die Antworten und es freut mich ausserordentlich, dass man auch mit einer einfachen Interpellation zum Handeln anregen kann und ich hoffe sehr, dass die Versprechungen, die der Gemeinderat gemacht hat, relativ schnell umgesetzt werden. Es ist eine wirklich unerträgliche Situation – und dies ist leider an Urs Hess gerichtet – insbesondere wegen den dort bestehenden Parkplätzen. Ich bin fest überzeugt, dass die Parkplätze entlang der Lärmschutzmauer zu Gunsten einer sauberen Verkehrsführung aufgehoben werden und ich hoffe, dass der Gemeinderat zusammen mit der Gemeindepolizei zum gleichen Schluss kommt.

Rös Graf: Die Interpellation bezieht sich ja auf die Seite der Zehntenstrasse. Es ist so, dass vom Bahnhof aus an der Güterstrasse, bei der Firma Rohner vorbei, auch solche Gummieinlagen vorhanden sind und schon seit Jahrzehnten nicht mehr ausgewechselt wurden und völlig trocken sind. Mit dem Fahrrad dort vorbei zu fahren ist sehr gefährlich. In dieser Strasse gibt es beispielsweise auch Längsspuren, wo man mit dem Velo einen Unfall haben kann. Ich bitt den Gemeinderat, dass auch auf dieser Seite überprüft und diesem nachgegangen wird.

Die Interpellation ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2727

Postulat der SP-Fraktion, Daniela Berger, betreffend "Überdachte Veloständer an der Bahnhofstrasse und im Dorfzentrum"

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Daniela Berger, betreffend "Überdachte Veloständer an der Bahnhofstrasse und im Dorfzentrum" vom 15. April 2011

GR Rolf Wehrli: Der Gemeinderat möchte das Postulat überwiesen haben.

Daniela Berger: Es freut mich, dass es so schnell geht und bedanke mich vor allem im Namen der SP dafür. Meine Beweggründe habe ich schriftlich vorgelegt. Wenn man in Pratteln wohnt so wie ich, schon 20 Jahre, kommt einem Vieles gewohnt vor, d. h. man denkt nicht darüber nach und schon gar nicht, wie man das Dorfbild verändern könnte. Andere haben mehr Ideen als ich. Ich bin mehrfach mit dem Velo in Muttenz bei der Tramhaltstelle „Dorf“ vorbei gefahren und habe realisiert, dass man nicht nur von so tollen Fahrradunterständen in Muttenz schwärmen, sondern in Pratteln ein Postulat darüber einreichen kann. Der Zeitpunkt für mein Postulat ist – nicht nur wegen den Wahlen – richtig und wichtig, weil nun die Planungen aufliegen bzw. in Erarbeitung sind, einerseits zur Gestaltung der Dorfmitte, des Dorfzentrums, andererseits zum neuen Standort der Gemeindeverwaltung, wo ich nicht gesehen habe, das so etwas schon geplant wäre und doch soll so etwas in die Bahnhofstrasse zu stehen kommen, wo es dieses nicht gibt. Ich bitte euch darum, dem Postulat zuzustimmen, damit der Inhalt des Postulates in die Planungen der Dorfmitte und der neuen Gemeindeverwaltung einfließen kann.

Christoph Zwahlen: Die Unabhängigen und Grünen unterstützen dieses Postulat.

Rolf Hohler: Bevor der Gemeinderat das Postulat annehmen will, bitte ich zu bedenken, dass wir nicht alles mit Dächern für Velos überpflastern soll. Ich denke, auch einen gewissen Platz mit einer Markierung zur Verfügung stellen, dient auch der Behebung des Chaos durch die vielen abgestellten Fahrräder. Denkt an die Verkehrssicherheit, wenn beispielsweise an der ganzen Bahnhofstrasse überall noch Dächer für Velos stehen. Der Gemeinderat ist gut in der Lage, dies abzuschätzen und nicht überall irgendwelche Unterstände zu bauen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 25 Ja zu 3 Nein bei 5 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2727 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2729

Postulat der FDP-Fraktion, Stefan Löw, betreffend "Aktives Energiesparen anstatt Beitritt in TRAS"

Aktenhinweis

- Postulat der FDP-Fraktion, Stefan Löw, betreffend "Aktives Energiesparen anstatt Beitritt in TRAS" vom 14. April 2011

GR Felix Knöpfel: Der Gemeinderat ist für Überweisung des Postulates.

Urs Hess: Ich komme nicht darum herum, über das Postulat ein wenig zu Schmunzeln. CHF 1'500 soll man für Energiesparlampen ausgeben; da hat schon Kurt Lanz hierin klar gesagt, was das bedeutet. Für mich ist klar, dass es eher ein „Juxpostulat“ ist, Entschuldigung für diesen Ausdruck. Für mich kann dies nicht der Weg zum Energiesparen sein. Dies ist von mir aus gesehen der falsche Weg und bringt schlicht gar nichts und darum bitte ich euch, das Postulat abzulehnen. Prüfen und berichten bei diesem Postulat kostet wahrscheinlich CHF 3'000 und das Geld ist verbraucht. Lehnt das Postulat ab.

Kurt Lanz: Ich gebe Urs Hess Recht und es ist schon fast alles gesagt. Wenn man die CHF 1'500 verdoppelt, ergibt dies CHF 3'000. Eine Sparlampe kostet CHF 10 und es ergibt 300 Sparlampen. Wenn jeder Haushalt 2 Sparlampen erhält, sind dies genau 150 Haushalte. LED-Lampen wären noch etwas energieeffizienter. Je nach Typ kostet diese eine LED-Lampe zwischen CHF 30 und CHF 50 und mit CHF 30 ergibt dies 100 Haushalte. Die Bearbeitung dieses Vorstosses kostet etwas, Urs Hess hat es schon erwähnt und ich frage, wie wir dieses Problem lösen. Möglicherweise gibt mir der Gemeinderat, bevor wir abstimmen, auch noch eine Auskunft: Wer kann so eine Lampe abholen? Muss man ein Mindest- oder Maximaleinkommen haben? Oder vorweisen, dass die Energiesituation zu Hause besonders prekär ist? Welches sind die Kriterien, warum jemand eine Lampe erhält oder nicht? Oder darf jeder 2 oder 3 Lampen abholen oder nur jede Familie oder Person nur 1 Lampe? Schon alleine, dass man die Abwicklung einigermaßen fair und sauber durchführen kann – dazu gebe ich Urs Hess im Quadrat recht – nur schon für die ganze Administration bitte ich sie, dieses Postulat so nicht zu überweisen.

Stephan Ackermann: Wir haben das Postulat schon an der letzten Sitzung ausführlich behandelt und bin überrascht, dass es wieder traktandiert ist. Eine Plattform hast du für dein Postulat gehabt, es bringt nichts und wir müssen es nicht als erheblich erklären, meine beiden Vorredner haben es erläutert. Mich wundert, dass es der Gemeinderat entgegen nehmen will. Das nächste Postulat kommt in die richtige Richtung.

Stefan Löw: Das Postulat war eine Reaktion auf den Antrag zum Beitritt zur TRAS, zu dem wir auch einen Beitrag von CHF 1'500 sprechen sollten. Für etwas, das aus Sicht der Fraktion nichts bringt. Wir wollen nun erreichen, dass wir den Betrag in dieser Form ausgeben. Wir wollen einen Impuls auslösen. Wir wollen wie bei einem Lichtschalter anstellen und das Licht brennt. Es geht nicht darum, was hat dies im Einzelnen genau rechnerisch für einen Effekt. Wir wollen einen Gedanken anstossen und die Bevölkerung zum Nachdenken veranlassen, was ich meinem Bereich zum Energieverbrauch unternehmen kann. Mit wie viel Geld wir eine Lampe subventionieren, ist gar nicht festgelegt. Das Postulat geht in genau dieselbe Richtung wie das andere Postulat, das einen Beitritt zum TRAS vorschlägt. Ich erlaube mir nun einige Worte zur Unabhängigen-und-Grünen-Debatte, die wir heute hatten: Es sind doch 8 Geschäfte, die inklusive Fragestunde von dieser Fraktion erschienen sind, und da glaube ich, darf man auch diesem Postulat so viel Zeit einräumen, dass man kurz darüber diskutiert und über jeden Franken, den die Gemeinde ausgibt, kann man sich durchaus Gedanken machen, ob man ihn nicht wo anders platziert. Ich bitte sie nach wie vor, dieses Postulat zu überweisen. Es soll einen

Impuls geben, ein Zeichen sein und ich habe Mühe mit den Argumentationen, dass es überhaupt nichts bringen würde.

GR Felix Knöpfel: Ich habe das letzte Mal gefehlt und mir sagen lassen, dass es lustig war. Ich begreife nicht ganz. Der Beitritt zum TRAS soll ja nicht nur für 1 Jahr erfolgen sondern es wären wahrscheinlich 10, 15 oder 20 Jahre und wenn man nun 10, 15 oder 20-Mal CHF 1'500 bzw. CHF 3'000 für Sparlampen ausgibt, können wir am Schluss die übrig gebliebenen nach Rumänien schicken, so viele haben wir.

Mauro Pavan: Ich habe auch etwas Mühe mit den Argumentationen. Das Postulat geht nicht in dieselbe Richtung. Was ihr wollt ist etwas Anders: Euch ist der TRAS ein Dorn im Auge. Es macht sich im Moment aber schlecht, gegen einen Atomschutzverband zu sein und daher reicht ihr ein solches Witzpostulat ein. Man kann es wirklich nicht anders sagen und wir werden einer Überweisung sicher nicht zustimmen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 7 Ja zu 25 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Das Postulat Nr. 2729 wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2730

Postulat der FDP-Fraktion, Stefan Löw, betreffend "Energieverbrauch aber wie?"

Aktenhinweis

- Postulat der FDP-Fraktion, Stefan Löw, betreffend "Energieverbrauch aber wie?" vom 14. April 2011

GR Felix Knöpfel: Der Gemeinderat will das Postulat übernehmen.

Christoph Zwahlen: In den Augen der Unabhängigen und Grünen ist der unterstrichene Satz dieses Postulates etwas wert, hier stimmt die Forderung „Der Gemeinderat wird aufgefordert, konkrete Massnahmen einzuleiten“. Die Beispiele haben uns nicht überzeugt, dies hat schon Bundesrat Ogi mit den Eiern vor vielen Jahren vorgeführt. Andere Sätze scheinen uns eher Papiertiger zu sein; es müsste also etwas Konkretes sein und dies ist das Wichtige. Wenn es so ist, unterstützen wir es.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 25 Ja zu 5 Nein bei 3 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2730 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2731

Interpellation der FDP-Fraktion, Stefan Löw, betreffend "Ist die öffentliche Sicherheit in Pratteln weiterhin gewährleistet?"

Aktenhinweis

- Interpellation der FDP-Fraktion, Stefan Löw, betreffend "Ist die öffentliche Sicherheit in Pratteln weiterhin gewährleistet?" vom 14. April 2011

GR Ruedi Brassel: Ist die öffentliche Sicherheit in Pratteln weiterhin gewährleistet? fragt Stefan Löw in seiner Interpellation. Ich glaube, sagen zu können, sie ist gewährleistet, aber die aufgeworfenen Fragen sind sehr berechtigt und es sicher nötig, dass man gemeinsame Anstrengungen unternimmt, die Sicherheit zu gewährleisten. Da ist sicher die Gemeinde, insbesondere die Gemeindepolizei und auch die Kantonspolizei gefordert aber auch Zivilcourage und Präsenz. Frage 1: *Ist der Gemeinderat mit mir der Meinung, dass für den Einsatz von dezentral stationierten Polizisten zuviel Zeit verstreicht, bis sie an Ort sind?* Stefan Löw bezieht sich auf das geänderte Polizeieinsatzkonzept (Umorganisation der Kantonspolizei). Aus den Erfahrungen der letzten Monate musste festgestellt werden, dass teilweise tatsächlich sehr viel Zeit verstreicht, bis die angeforderte Kantonspolizei vor Ort ist. Diese Erfahrungen wurden vor allem bei Meldungen, welche von der Kantonspolizei als nicht dringend eingestuft wurden, beobachtet. Dieser Umstand wurde in einem Schreiben an den Regierungsrat deponiert, mit der Bitte um eine Schwachstellenanalyse dieses Konzeptes. Ja, die Gemeindepolizei wird bei Grossanlässen mit einbezogen. Frage 2: *Was gedenkt der Gemeinderat zu tun? Ist er bereit, in Nächten mit viel Publikumsverkehr (vorangekündigten Grossanlässen) Gemeindepolizisten einzusetzen?* Ja, die Gemeindepolizei wird bei Grossanlässen mit einbezogen. Grossanlässe beginnen meistens tagsüber und dauern bis weit in die Nacht. Ein 24-Stundenbetrieb ist mit 3 Gemeindepolizisten nicht möglich. Zudem ist gerade bei Grossanlässen die Präsenz der Gemeindepolizei auch tagsüber gefordert. Die Gemeindepolizei kann also bei Grossanlässen nicht den gesamten Einsatz abdecken und es braucht weitere Sicherheitskräfte und auch die Kantonspolizei, einen 24-Stundenbetrieb aufrecht zu halten. Man setzt sich mit den Organisatoren der Grossanlässe zusammen und bespricht das Sicherheitskonzept, macht Auflagen bezüglich Bewachungspersonal, Sicherheitspersonal durch die Organisatoren; es ist klar, dass nicht eine Gemeinde den Organisatoren diese Arbeit abnimmt. Frage 3: *Wenn nein, kann der Gemeinderat sich vorstellen, Bewachungsfirmen einzusetzen oder durch die Organisatoren einsetzen zu lassen?* Die Gemeinde will jedoch zusätzlich gerade für die Phase im Frühsommer, wenn die Leute wieder nach Draussen gehen, vermehrt Präsenz zu markieren und dazu hat die Gemeinde eine private Sicherheitsfirma engagiert, die an verschiedensten Orten im Dorf patrouilliert an Orten und Nächten, in denen Unruhe entstehen könnte. Wir haben dies verschiedentlich unternommen und es hat sich schon nach wenigen Malen gezeigt, dass dieser Einsatz sehr wirksam ist, dass die Beanstandungen zurück gegangen sind gegenüber der Phase, auf die auch der Interpellant verweist. Der Gemeinderat hat gehandelt und entsprechende Vorkehrungen getroffen. Frage 4: *Können die Shops im Dorfzentrum und in der Bahnhofsnähe gezwungen werden, den von ihnen verursachten Unrat aufzunehmen? Wenn ja, bitten wir den Gemeinderat dies zu veranlassen?* Die Shops werden regelmässig dazu aufgefordert, in der nächsten Umgebung den Unrat aufzuräumen. Leider liegt nicht nur im näheren Umfeld dieser Shops Abfall, sondern auch an anderen Orten, an verschiedensten Stellen. Wir probieren die Shopbesitzer zu etwas zu verpflichten, allerdings können wir keine rechtlich bindenden Auflagen machen und sie dazu zwingen. Wir können aber sagen, dass sich die meisten der Shops auch bemühen, für Ordnung zu schauen. Wenn viele Leute auf der Gasse sind, ist es auch für diese nicht immer ganz einfach zu bewältigen. Es schleckt keine Geiss weg, schlussendlich ist es Aufgabe der Gemeinde, im öffentlichen Raum für Ordnung zu sorgen und auch den Unrat weg zu räumen. Wir sind sehr dankbar, wenn die Shopbesitzer aktiv mitwirken. Wichtiger ist jedoch die Prävention, d. h. bei denen, die unterwegs sind, darauf hinzuwei-

sen, dass man die Sachen nicht einfach liegen lässt. Auch für das sind die Patroulleure da, die die Leute entsprechend anhalten, ihre Sachen wieder mitzunehmen. Leider ist die unangenehme Gewohnheit, die Sachen liegen zu lassen, nicht auf diese Art auszuräumen und daher braucht es auch von uns, wenn wir dies sehen, Zivilcourage, dass wir diejenigen, die Sachen wegwerfen, darauf hinweisen, wieder aufzuräumen.

Der Rat beschliesst stillschweigend Diskussion.

Stefan Löw: Ich danke für die ausführliche Beantwortung meiner Interpellation. Ich habe einige Ergänzungen, die ich dem Gemeinderat mit auf den Weg geben möchte, um im Sinn der Interpellation etwas konkreter zu handeln. Zu Frage 1: Die Schwachstellen aus der Gemeinde sollen dem Kanton weiter gegeben werden und nicht den Kanton fragen, was er für Schwachstellen in Pratteln sieht. Wir müssen aktiv werden und dem Kanton sagen, wo wir Schwierigkeiten haben und wo der Hebel anzusetzen ist. Frage 2: Dort ist die klare Botschaft von mir und meiner Fraktion, dass der Gemeinderat versuchen soll, die Kantonspolizei und auch die Gemeindepolizei nach Möglichkeit auf die Strasse bekommen. Wenn man sie auf der Verwaltung entlasten kann, soll man dies unbedingt wahrnehmen, denn ihre Präsenz in der Öffentlichkeit hat eine bessere Wirkung, als wenn sie Verwaltungsarbeit macht. Da ist auch der Rat um jeden Vorschlag dankbar, den ihr einreichen könnt, damit in dieser doch erheblich grossen Gemeinde die Polizeipräsenz besser markiert werden kann. Frage 3: Da wäre ich froh, wenn man dies publizieren würde, dass die Gemeinde dies macht und dies ist durchaus legitim und gibt der Bevölkerung eine zusätzliche Sicherheit und stärkt dem Gemeinderat, dass er in diesem Bereich aktiv ist und auch externe Kräfte in die Arbeit der öffentlichen Sicherheit einbezieht. Zur Frage 4: Hier ist wichtig, dass man die externe und interne Sicherheit wie einen Parcours abhält, damit sie auch um 10 oder 11 Uhr kurz einen Besuch im Geisswald macht und auch den Jörinpark besucht und auch die Shopbetreiber besuchen. Es geht darum, Präsenz zu markieren und auch eine Adresse einer Institution oder Gruppe aufschreiben, die sich irgendwo bewegt, damit man nachher eine Ansprechperson hat, wenn im Nachhinein sieht, dass es völlig schief heraus gekommen ist. Ein gutes Beispiel: Im Geisswald war ich zu einem Fest eingeladen; es war eine zusätzliche Gruppe anwesend, die die Lokalität im Aussenbereich in Anspruch nehmen wollte, aber man musste diese Gruppe verweisen. Schlussendlich war diese Gruppe etwas abseits mit beleuchteten Fahrzeugen, Musik und sehr vielem Essen. Die Illustration des Abfalles war nachher im Prattler-Anzeiger zu sehen und ich habe es verpasst, im richtigen Moment, bevor sie weg waren, und eine Adresse zu haben.

Rolf Hohler: Ich bin froh, dass der Gemeinderat beim Regierungsrat vorstellig geworden ist, vor allem über die Frage 1 mit der zentrale stationierten Polizei. Ich hoffe nicht, dass es so weit kommt wie bei meiner Schwester in Gelterkinden, als aus ihrer Nachbarschaft wegen schwarzen Gestalten angerufen wurde, die plötzlich vorfahren. Als die Polizei nach 10 Minuten gekommen ist, die Polizei hat sich in Gelterkinden nicht ausgedankt, und hat nachher das Haus der Frau Pfarrerin umstellt mit allem Zugehörigen. Die Polizei ist dann abgezogen und nach einer halben Stunde wieder gekommen und wieder das falsche Haus umstellt. Man kann von Glück reden, dass in dem Haus, das die Hilfe benötigt hätte, nichts passiert ist. Ich hoffe, dass dies in Pratteln nicht passiert, wenn der Gemeinderat dran bleibt.

Benedikt Schmidt: Sicherheit ist ein wichtiges Thema und es wird in solchen Situationen weiterhin die Polizei brauchen. Wenn es nicht richtig läuft mit der Polizei, muss man es verbessern. Ich staune bei dieser Interpellation über die FDP. Bei diesem Vorstoss wird einfach nach dem Staat gerufen, man solle Verbote aussprechen usw. Im Postulat vorher haben sie gesagt, wir setzen bewusst auf den Aspekt der erhöhten Eigenverantwortung. Gerade bei Grossveranstaltungen könnte man auf die Eigenverantwortung der Leute zu setzen. Ganz alleine wird dies nicht funktionieren und ich danke GR Ruedi Brassel, dass er die Antwort umfassender gegeben hat, als es die FDP hier verlangt hat,

die nur auf Polizei setzt und nicht auf Eigenverantwortung. Aufgefallen ist mir die Antwort Nummer 4 wegen den Läden im Dorfzentrum. Da gibt es ein Polizeireglement vom 26. April 2010 und dort gibt es einen § 14 Absatz 3: „Ladenlokale und Imbissbetriebe, welche Esswaren und Getränke über die Strasse verkaufen, sind zur Sauberhaltung der nächsten Umgebung verpflichtet“. Damit hat der Gemeinderat eine Rechtsgrundlage, etwas zu machen.

GR Ruedi Brassel: Zu Stefan Löw: Es ist nicht so, dass wir von der Gemeinde den Kanton auffordern, bei uns die Schwachstellen zu analysieren. Wir sagen, da hat Rolf Hohler recht, wo die Schwachstellen beim Polizeikonzept Baselland sind und dort liegt ein grosses Problem begraben. Es werden auch Leute, die anrufen, hingewiesen, dass offenbar die Gemeinde nichts machen würde, was nicht stimmt, weil abends von der Gemeinde kein Pikettdienst existiert und es wird Verantwortung auf die Gemeinde abgeschaufelt. Da muss man schon beim Kanton über die Bücher und daher ist die Gemeinde in aller Klarheit auch beim Kanton vorstellig geworden. Zu Benedikt Schmidt zu Shops und Polizeireglement: Uns ist bewusst, dass dies im Polizeireglement steht, aber wenn man die Formulierung anschaut, ist es etwas, das zwar eine Verpflichtung ausspricht, aber – ich sage es nicht all zu gern und all zu laut – es ist so, dass diese Verpflichtung in unserem Polizeireglement steht und wir hoffen, es halten sich auch alle daran, aber ich will keinen Prozess darüber führen müssen.

Die Interpellation ist beantwortet.

Fragestunde

Die Reihenfolge der Fragen richtet sich nach dem Eingang. Die Fragestunde dauert 30 Minuten und nicht beantwortete Fragen werden schriftlich beantwortet.

Frage 1

"Verwendung des zusätzlichen Geldes für Energiesparmassnahmen"

(Benedikt Schmidt, Unabhängige Pratteln)

GR Felix Knöpfel: Manchmal kommt man sich als Gemeinderat bei solchen Fragen vor wie ein Meteorologe, der im Kaffeesatz lesen muss, wie es weitergehen könnte. Ich beantworte diese Frage folgendermassen: Der Einwohnerrat hat am 13. Dezember 2010 gegen den Antrag des Gemeinderates beschlossen, CHF 53'000 umzupolen. Die Abteilung Bau ist momentan damit beschäftigt, geeignete Arbeiten, die nicht im Budget vorgesehen sind, zu sichten. Deshalb ist es für eine seriöse Antwort zu früh, denn schliesslich soll das Geld nicht zum Fenster hinaus geworfen werden. Auf die Beantwortung weiterer Fragen verzichte ich daher und bitte Benedikt Schmidt um Verständnis. Ich bin gerne bereit in der Dezembersitzung Auskunft zu geben, was wir gemacht haben, aber wir können heute beim besten Willen keine Liste machen; dies wäre unseriös.

Zusatzfrage von Benedikt Schmidt: Ist der Gemeinderat zuversichtlich, dass der ganze Betrag im 2011 investiert werden kann?

GR Felix Knöpfel: Der Gemeinderat ist zuversichtlich, aber die Abteilung Bau noch nicht. Es heisst ja nicht explizit, wir müssten Gebäudeunterhalt machen. Wir könnten ja auch schauen, dass wir noch dieses Jahr Subventionen aus diesem Betrag ausrichten, dies ist ja schliesslich auch für erneuerbare Energien, wenn wir an Solardächer usw. bezahlen. Aber dazu komme ich nachher noch zu sprechen.

Die Frage ist beantwortet.

Frage 2

"Förderung von Solaranlagen: Der Bericht wird momentan überarbeitet" (Benedikt Schmidt, Unabhängige Pratteln)

GR Felix Knöpfel: Der Gemeinderat geht einig, dass die Umsetzung der Motion etwas lange dauert. Man hat verschiedene Abklärungen beim Kanton, die halbwegs erfolgreich beantwortet sind. Es geht unter anderem auch um die Kernzone, von der man weiss, dass man nicht so ohne weiteres Solarzellen montieren darf. Hier sind wir noch nicht so weit, aber der Gemeinderat hat auf Antrag des Sekretariates beschlossen, einen Termin zu setzen und dieser Termin ist für diese Motion der 31. August 2011. Im Einwohnerrat wird der benötigte Antrag im August oder September vorliegen und zwar braucht es ein kleines Reglement, damit man auszahlen kann, wenn es zustande kommt. Auf eine Beantwortung im Detail verzichte ich hier, obwohl die Fragen etwas polemisch waren, aber es muss ja nicht mit denselben Mitteln zurückkommen.

Die Frage ist beantwortet.

Frage 3

"Verringerung der Parkplätze durch Markierung" (Urs Hess, SVP)

GR Ruedi Brassel: Urs Hess stellt eine papageienartige Umgestaltung von Pratteln fest. Ich kann das nicht nachvollziehen. Er stellt fest, überall würden Parkplatzmarkierungen angebracht. Ich stelle die Gegenfrage „Wo ist überall“? Was nun die Anordnungen im Einzelnen betrifft: Die Anordnungen werden durch die Abteilung Sicherheit getroffen und Grundlage sind die Verkehrsregelungen und allfällige Beschlüsse des Gemeinderates. Was bezweckt der Gemeinderat mit den Markierungen? Von „wild“ kann keine Rede sein. Es sind einzelne Massnahmen, die nicht zuletzt auch auf Vorstösse im Einwohnerrat zurück gehen in verschiedenen Quartieren, wo man Massnahmen in der Beantwortung von Interpellationen auch ausgeführt hat und dies wird nun Schritt für Schritt vollzogen, soweit es Sinn macht vor der Verabschiedung und Umsetzung des Parkierungsreglements. Wie viele Parkplätze will der Gemeinderat verschwinden lassen? Der Gemeinderat will nicht Parkplätze verschwinden lassen, er will sinnvolle Anordnungen fürs Parkieren treffen, so dass die Nutzung von Strassenraum sinnvoll ist und dass die Leute in ihren privaten Bereichen nicht gestört werden durch parkierte Fahrzeuge, die dort stehen, wo beispielsweise ein Gartentor Ausgang hat und wenn dort ein Auto steht, wird der Weg auf die Strasse verunmöglicht. Die Finanzierung erfolgt aus dem normalen Konto „Unterhalt durch Dritte“ und ob der Gemeinderat bereit ist, die unsinnige Aktion zu stoppen.... Der Gemeinderat ist bereit, jede Aktion zu stoppen, die er selber als unsinnig erkennt und ob dies unsinnig ist, ist dem Sinn Anderer zu überlassen.

Zusatzfrage von Urs Hess: Eigentlich ist es eine Fragestunde vom Einwohnerrat zum Gemeinderat und nicht vom Gemeinderat zum Einwohnerrat. Überall, das sehe ich im ganzen Dorf, sieht man diese Markierungen und für mich sind es wilde Markierungen. Wie hoch ist das Konto vom Unterhalt für die Markierungen gegenüber letztem Jahr und zum vorletzten Jahr? Die zweite Frage: Ich habe gefragt, wie viele Parkplätze der Gemeinderat verschwinden lassen will. GR Brassel hat gesagt, er wolle keine verschwinden lassen und er wolle nur sinnvoll den Strassenraum benutzen. Dann möchte ich gerne wissen, was er oder der Gemeinderat als sinnvolle Nutzung des Strassenraumes ansieht.

GR Ruedi Brassel: Ich nehme die Einladung von Urs Hess zu einem Seminar über die sinnvolle Nutzung des Strassenraumes gerne an, aber wir vertagen die Abhaltung des Seminars auf ein anders Mal. Ich kann aber nicht sagen, um wie viel höher der erwähnte Budgetposten ist und wie gross die Differenz zur Budgetierung zum letzten Jahr ist. Das

kann ich nachschlagen und später mitteilen, wenn nötig schriftlich oder auch mündlich und auch im Einwohnerrat. Sinnvolle Nutzung des Strassenraumes heisst eben, dass alle Verkehrsteilnehmer den Weg auf der Strasse sicher nutzen können und dass allen ihre Räume offen stehen. Dies kann bedeuten, dass dort, wo jetzt nichts markiert ist und die Leute an Orten parkieren, wo sie andere behindern (Durchgang mit Kinderwagen, Gartenausgang usw.), nun neu ein Parkierungsverbot markiert ist. Dann haben alle die Möglichkeit, den Weg auf der Strasse so zu gehen, dass dieser Weg für sie sicher ist.

Die Frage ist beantwortet.

Frage 4

"Gemeindeverwalter verlässt Pratteln"

(Patrick Weisskopf, Unabhängige Pratteln)

GR Max Hippenmeyer als Vizepräsident des Gemeinderates: Grundsätzlich wurde alles gesagt, was es zum Ausscheiden des Gemeindeverwalter Stefan Brauchli zu sagen gibt und dies konnte man in der Presse lesen. Über die Modalitäten wurde, wie es üblich ist, Stillschweigen vereinbart und ich bitte um Verständnis. Damit Patrick Weisskopf nicht ganz enttäuscht ist, hier einige Informationen. Frage 1: *Wie lange ist die Kündigungsfrist des Gemeindeverwalters und wann ist sein offiziell letzter Arbeitstag?* Die Kündigungsfrist beträgt 6 Monate, nicht zuletzt auf Anregung des Einwohnerrates, und dies ergibt den 30. November 2011. Frage 2: *In welche Projekte ist Stefan Brauchli involviert und ist die Wissensweitergabe gesichert?* Zum Zeitpunkt der Pressemitteilung war Stefan Brauchli tätig im Enterprise Content management (Dokumentenverwaltungssystem) und hat sich weiter mit dem Kommunikationskonzept befusst, das am letzten Dienstag vom Gemeinderat verabschiedet wurde und im weiteren war er im IKS (internen Kontrollsystem) tätig und befasst sich dort mit der Prozessbeschreibung. Wie lange und wie viel dies noch zu tun gibt, dazu möchte ich auf meine einleitenden Worte verweisen.

Die Frage ist beantwortet.

Der Einwohnerratsausflug findet am 18. Juni 2011 abends und nachmittags statt.

Die Sitzung wird um 22.00 Uhr beendet.

Pratteln, 6. Juni 2011

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Dieter Stohler

Joachim Maass